ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM

MAI / JUNI 2011

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen
Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen
Außenkommandos von der Nazibestie und ihrer Helfershelfer ermordeten 51 000 Gefangenen! [...]
Außenkommandos von der Nazibestie und ihrer Helfershelfer ermordeten 51 000 Gefangenen! [...]

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:
Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:
Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!
Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziehl.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziehl.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.
Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.

Schwur von Buchenwald, 19. April 1945
Schwur von Buchenwald, 19. April 1945

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

recht auf stadt
Squat the wo! – Hausbesetzung in Oldenburg 6

trans*- und homophobie
Demo-Aufruf zum internationalen Tag gegen Trans*- und Homophobie 8

repression
Rechtshilfe 11

schwerpunkt: erinnerungspolitik
8. Mai: Gegen Geschichtsrevisionismus und Militarismus! 12
Die Zukunft der Vergangenheit 16
Das Unrecht an den Deserteuren 22

leserinbrief
Kuchen essen ist nicht alles 25

internationalismus
Den Krieg, den alle lieben 26

antirassismus
Legalisierung jetzt! 32

antimilitarismus
Das Recht, nein zu sagen 34

Ankündigungen 36

Editorial

Der 8. Mai ist für uns ein Grund zum Feiern. Der Nazi-Faschismus wurde besiegt, der organisierte Massenmord beendet. Wie jedes Jahr findet auf dem ehemaligen Lagerfriedhof des KZ Esterwegen eine Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung statt, dieses Jahr am 7. Mai. Aus Oldenburg wird wieder ein Bus fahren (siehe Ankündigungen). Der Schwur von Buchenwald (siehe Titel) ist für viele Antifaschist_innen auch heute noch Bezugspunkt für ihr Handeln. Um so erschreckender finden wir es, dass die Bundeswehr am 8. Mai ein Konzert in Oldenburg veranstaltet. Erfreulicherweise regt sich Widerstand dagegen und Antimilitarist_innen rufen zur Verhinderung des Konzerts auf. Wir haben das zum Anlass genommen uns ein wenig genauer damit auseinander zu setzen, wie in der Bundesrepublik Deutschland an die Verfolgten und die Verbrechen des NS erinnert wird. Schließlich ermöglicht der Erinnerungsdiskurs, dass etwa Bundeswehrkonzerte am 8. Mai stattfinden können.

Der Text „Die Zukunft der Vergangenheit“ liefert einen guten Überblick über die Entwicklung der Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945. Leider wiederholt der Artikel eine rhetorische Geste, mit der wir nicht einverstanden sind. Dort wird die „Barbarei“ des Nationalsozialismus als das Übel identifiziert. Der Begriff „Barbarei“ steht allerdings zum Einen in einer kolonialen Tradition als ideologisches Gegenstück zur ‚(westlichen) Zivilisation‘ und ihrer damit behaupteten Überlegenheit gegenüber dem kolonialen ‚Anderen‘. Zum Anderen impliziert er, dass der NS ein „Rückfall in die Barbarei“ war, aber in Wirklichkeit war er Resultat genau jener herrschaftlichen und kapitalistischen gesellschaftlichen Entwicklung. Mit der Ablehnung dieses Begriffs geht es uns nicht nur um einen politisch korrekten Sprachgebrauch. Wir glauben, dass er herrschaftliche Diskurse bedient und analytisch falsch ist. In dem ansonsten wirklich guten Überblick über den Erinnerungsdiskurs bleibt leider unerwähnt, dass die Überlebenden(-verbände) für ihre Anerkennung und Entschädigung sowie für die Erinnerung an die Verfolgten des NS jahrzehntelang fast ausnahmslos alleine gekämpft haben. Ludwig Baumann, ein Wehrmachtsdeserteur, schreibt über die bis heute andauernden Kämpfe um die Aufhebung der Unrechtsurteile gegen Deserteure. Hier zeigt sich exemplarisch, wie der bundesdeutsche Erinnerungsdiskurs ganze Gruppen von Verfolgten ausschließt. Gleichzeitig beschreibt er, wie immer stärker die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie in Frage gestellt wird, indem von „zwei Diktaturen auf deutschem Boden“ gesprochen wird und somit DDR und 3. Reich auf eine Stufe gestellt werden.

Der radikale Antimilitarismus des Schwures der Antifaschisten von Buchenwald scheint in vielen Kreisen der deutschen Linken offenbar abhanden gekommen zu sein. Statt sich zu internationalen Konflikten, imperialistischen Kriegen und Befreiungsbewegungen zu verhalten, besteht die Antwort in der Resignation vor der Komplexität der Dinge. Die Dinge sind in der Tat komplex: Es gibt innerhalb des extrem militarisierten Konflikts in Libyen keine Guten, mit denen mensch sich solidarisieren könnte. Klar ist nämlich zumindest, dass sowohl die sogenannten Aufständischen als auch Gaddafi und Co für verschiedene Herrschaftsmodelle, nicht jedoch für Befreiung stehen. Ähnliches gilt im Übrigen auch für die Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste). Zwei konkurrierende, antiemanzipatorische Blöcke haben dem Land einen Bürgerkrieg aufgezwungen. Dieser wurde zunächst von der Kolonialmacht Frankreich angeheizt – nicht zuletzt durch die massive Versorgung der sogenannten Rebellen mit Waffen. Zuletzt waren es dann sogar Frankreichs Elitetruppen, die den Präsidenten Gbagbo stürzten, um den neuen Präsidenten Ouattara auf seinen neokolonialen Thron zu setzen. Mal abgesehen von der absoluten, strukturellen Ignoranz der deutschen Linken gegenüber Afrika schimmert hier wieder die genannte Konzeptlosigkeit auf. In Libyen und der Côte d'Ivoire scheinen emanzipatorische Kräfte, mit denen man sich solidarisch zeigen könnte, durch den militarisierten Zustand der Konflikte gerade keinerlei Raum zu bekommen.

Diese etwas trostlose Perspektive sollte jedoch nicht davon abschrecken, eine klare Position zu beziehen. Denn die Motive der ‚westlichen‘ Mächte und die verlogene Begründung ist offensichtlich: Es geht um Profite, Einflusszonen, geostrategische Interessen, Macht, imperialistische Konkurrenz, … nicht jedoch um die Befreiung der Menschen. Die Kämpfe dieser Menschen werden sich hingegen angeeignet. In alter doppelmoralischer Manier wird beispielsweise in Ägypten die Unterstützung der dann plötzlich sogenannten Demokratiebewegung behauptet, gleichzeitig mit der alten militärischen und wirtschaftlichen Elite, mit denen seit Jahren wunderbar kooperiert wird, zusammengearbeitet, um zu verhindern, dass die soziale Frage wirklich gestellt wird. Was wir sagen wollen: Wir können und müssen uns – trotz der und in Anerkennung von der Komplexität der Dinge – eindeutig gegen die Politik der NATO-Staaten und natürlich in erster Linie gegen die Außenpolitik Deutschlands wenden. Dabei reicht es nicht, sich darüber zu freuen, dass gelegentlich mal eine Halle vom Versorgungsamt der Bundeswehr abbrennt. Wir wenden uns gegen die imperialen Kriege – überall!

Eineinhalb Monate ist die atomare Katastrophe von Fukushima nun her und ihr Ausmaß ist nicht annähernd abzuschätzen. Sofort schlug die Regierung der BRD einen Antiatomkurs ein und spricht seitdem vom Ausstieg aus der Kernenergie, obwohl sie erst wenige Monate zuvor die Laufzeitverlängerung der AKWs beschlossen hatte. Es sind die gleichen Phrasen wie nach Tschernobyl zu hören. Dass das alles nur Taktik in Wahlkampfzeiten ist, ist uns eh allen klar...

Was bedeutet das nun für uns als radikale Linke? Atomausstieg bleibt eben Handarbeit. Eigentlich sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Antiatombewegung momentan recht gut. Allerdings muss es uns gelingen mit antikapitalistischen Positionen in den Diskurs zu intervenieren. Kapitalistische, profitorientierte Verkehrs- und Automobilkonzerne verlangen subventionierte Energie. Und für die Rohstoffsicherung werden auch Kriege geführt. Die Forderung nach einer Energiewende kann allerdings nicht beim Ausstieg aus der Atomkraft und dem Umstieg auf erneuerbare Energien aufhören.

Ein notwendiger Schritt wäre die Enteignung der Energiekonzerne und die Vergesellschaftung dieser sowie eine Dezentralisierung der Energieproduktion. Denn Energie ist eine notwendige Dienstleistung für die Bevölkerung und darf keine Ware sein, sondern soll so sparsam und ressourcenschonend wie möglich eingesetzt werden. Sie muss allen Menschen weltweit zur Verfügung stehen.

Wenn im Juli das so genannte Atommoratorium endet, könnten wir die Chance ergreifen, den Herrschenden, die die AKWs wieder ans Netz bringen wollen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Und wenn im Herbst der nächste Castor ins Wendland rollt, sollten wir wieder – dieses Mal mit noch mehr Leuten – versuchen den Castor zu stoppen.

Gefreut hat uns, dass es in Oldenburg eine Demo gegen Trans*- und Homophobie geben wird. Besonders Trans*personen werden (auch in der radikalen Linken) häufig nicht wahrgenommen. Am 14. Mai soll unter dem Motto „Kick it! Zwang zur Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit zu Fall bringen!“ demonstriert werden. Diese Demo bezieht sich auf den 17. Mai, den Internationalen Tag gegen Trans*- und Homophobie, der offiziell leider noch ‚Internationaler Tag gegen Homophobie‘ heißt. Doch was verbirgt sich hinter dem Namen der Demo? Im Aufruf heißt es dazu, dass Trans*-und Homophobie „begriffen werden [kann] als abwertende Sichtweisen auf Menschen und Lebensentwürfe, die nicht den traditionellen Normen von Geschlecht entsprechen. Diese vorurteilshaften Gefühle stärken und produzieren Stereotype, Diskriminierungen und Gewalt gegen Trans*personen und Homosexuelle.“ Die Demo will ein deutliches Signal gegen die Unterdrückung und Diskriminierung setzen.

Tja, einen revolutionären 1. Mai in Oldenburg gibt es dieses Jahr leider nicht, weil die Nazis geplant hatten in Bremen rumnerven und an dem Tag zu marschieren. Um das zu verhindern wurde sich dazu entschieden, unseren 1. Mai in Bremen zu begehen und dort unsere Inhalte auf die Straße zu tragen. Die revolutionäre 1. Mai Demo in Oldenburg war also eh versaut. Zu allem Überfluss wurde der Nazi-Aufmarsch dann auch noch kurzfristig auf den 30. April verschoben. Aber scheiß drauf, egal wann die Nazis wo sein werden – wir werden auch da sein.

Im Vorfeld ist es dem Bremer Bündnis „Keinen Meter“ gelungen, eine breite Mobilisierung anzuschieben, super viele Veranstaltungen zu machen und eine gute Basis für das Verhindern des Aufmarsches zu schaffen. Respekt.

Natürlich gibt es nächstes Jahr wieder einen revolutionären 1. Mai in Oldenburg. Abgesehen davon ist jeder Tag ein 1. Mai – das wurde uns bei den Hausbesetzungen in letzter Zeit, ganz aktuell am Theaterwall 24a, wieder einmal vor Augen geführt.

Schade finden wir, dass die öffentliche Wahrnehmung so stark durch diese ‚Schandfleck‘-Logik dominiert wird. Nicht leerstehende Häuser bei gleichzeitiger Wohnungsnot und Mietpreiserhöhung sind in dieser Logik das Problem, sondern dass zerfallende Häuser wie das am Theaterwall das Stadtbild „verschandeln“. Das Stadtbild ist uns jedoch erstmal herzlich egal. Viel wichtiger ist es, dass es annehmbaren Wohnraum für alle gibt. Statt sich auf das Stadtbild und die Eigentümer_innen zu berufen, die ‚ihre‘ Häuser zerfallen lassen, sollten wir uns lieber fragen, mit welchem Recht Wohnraum überhaupt Leuten‚gehört‘. Das Eigentum an sich ist der eigentliche Unsinn. Wohnungsbau darf nicht der Logik des Marktes überlassen werden und Spekulationsobjekt sein, da es so nie eine gerechte Wohnungspolitik geben wird. In Oldenburg gibt es im Moment eine Debatte über Wohnungsmangel und die sollten wir nutzen. Es gilt, die richtigen Fragen im richtigen Moment zu stellen und sich aktiv in die Prozesse in der Stadt einzuklinken. Hausbesetzungen werden die Wohnungsnot nicht lösen, noch nicht einmal, wenn sie erfolgreich wären. Dennoch können sie ein Augenmerk auf unsere Perspektive und unsere Argumente gegen die vorherrschende Wohnungsbaupolitik richten. Auch ist es an uns, uns mit den Menschen zu solidarisieren, die es sich nicht wie wir ‚leisten‘ können, Häuser (öffentlich) zu besetzen. Zum Beispiel, weil sie darauf angewiesen sind, möglichst lange in einem still besetzten Haus zu bleiben oder weil ihnen die Abschiebung droht, wenn sie sich etwas ‚zu schulden‘ kommen lassen.

Also: lasst uns raus gehen, Häuser besetzen, Öffentlichkeit schaffen und unsere Finger in die Wohnungsnot-Wunde der Stadt bohren.

Und vergesst uns nicht: Wir freuen uns immer über Texteinreichungen und Süßes...

Eure Alhambra-Redaktion

Aufstand im Abschiebeknast

Brüssel Am 15. Februar 2011 traten ein Teil der Gefangenen des Abschiebeknasts Steenokkerzeel in den Hungerstreik. Dies war eine direkte Antwort auf die Misshandlung eines jungen Mannes durch das Gefängnispersonal."Sie haben mich gefangen und vier Personen haben mich geschlagen. ‚Damit du nie wieder nach Belgien kommst', haben sie zu mir gesagt. Sie haben mich festgehalten und gefesselt, an Händen und Füßen verletzt, ich habe Wunden am Kopf."

Am 20. Februar gab es daraufhin eine kleine Solidemo an der sich in etwa 50 Menschen beteiligten. Die Demo solidarisierte sich sowohl mit dem Betroffen als auch mit denen sich im Hungerstreik befindenden Menschen.

Als die Demonstrant_innen, im direkten Sichtkontakt zu den Eingesperrten anfingen, an dem äußeren der zwei, den Knast umzingelnden Zäunen zu rütteln, Parolen zu rufen und Transparente hoch zu halten, begann auch im Inneren des Knasts die Stimmung zu kippen. Von außen war erst nur Lärm und Schreie zu hören, dann fingen die Gefangenen an, das Zelleninventar zu zerlegen und es aus den Fenstern in den Hof zu schmeißen. Ein Fenster konnte zerstört werden, sodass einige Gefangene auf das Dach des Knasts klettern konnten. In einer weiteren Zelle wurde Feuer gelegt. Aufgrund dieses Feuers wurde ein Teil der Gefangenen in den Hof gelassen; in dem Durcheinander gelang es einem Gefangenen, die zwei Zäune zu überwinden und sich aus dem Staub zu machen.

Mit der Demonstration konnte einerseits die Isolation des Knastapparates zumindest zeitweilig durchbrochen werden, andererseits war es eine aktive Solidarisierung mit kämpfenden Migrant_innen.

(Abschiebe)knäste zu Baulücken!

No-Christival-Aktivist_in nach Polizeigewalt wegen „falscher Verdächtigung" verurteilt

Bremen Am 25. Februar 2011 wurde vor dem Bremer Amtsgericht eine von Polizeigewalt betroffene Person wegen angeblicher „falscher Verdächtigung" zu 100 Tagessätzen verurteilt. Das bedeutet eine Geldstrafe zuzüglich Prozesskosten sowie eine Vorstrafe mit Eintrag ins Führungszeugnis. Zuvor hatte der Staatsanwalt 21 Tagessätze gefordert.

Am 6. Prozesstag wurden die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidigung gehört. Der Staatsanwalt stellte die widersprüchlichen Aussagen seiner Zeug_innen als glaubwürdige, stimmige Darstellung der damaligen Situation dar. Wie die Verteidigung erläuterte, gab es nicht nur widersprüchliche, sondern geradezu absurde Aussagen, die weder einen zeitlichen Ablauf kohärent darstellten, noch logisch nachvollziehbar waren. Sie sah die in dem Bericht von Amnesty International „Täter unbekannt" benannten Missstände in diesem Verfahren bestätigt vor allem das Fehlen einer unabhängigen Ermittlungsinstanz gegen Polizeigewalt, das zeitliche Herauszögern der Ermittlungen gegen die Polizei sowie die Praxis von Gegenanzeigen.

In ihrem Schlusswort benannte die Angeklagte unter anderem das Fehlen von Statistiken in Bremen über Anzeigen gegen Polizist_innen wegen Straftaten im Amt, sowie deren Einstellungen und Verurteilungen.

Als Folge einer gestellten Anzeige wegen Körperverletzung ein solches Urteil zu bekommen, ist skandalös. Nicht nur, dass Anzeigen gegen Straftaten von Polizist_innen äußert geringe Chancen haben, aufgeklärt und geahndet zu werden. Es muss damit gerechnet werden, nach der Anzeige einer Straftat im Amt selbst vorbestraft zu werden. Die Häufigkeit ähnlicher Verfahrensausgänge zeigt, dass dies kein Einzelfall ist. Dies ist eine im Rechtsstaat angelegte gewaltvolle, systematische Praxis, gegen die es sich zu wehren gilt.

für Infos checkt antirep25.noblogs.org

Suizid eines Flüchtlings

Gifhorn Am 1. März beging ein Asylbewerber auf dem Gifhorner Bahnhof Suizid. Der vor 14 Jahren aus Nepal geflüchtete Mensch musste seitdem als Geduldeter im Flüchtlingsheim Meinersen bei Gifhorn wohnen. Die Nachricht über seine drohende Abschiebung durch die Aus-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

länderbehörde Gifhorn ertrug er nicht und setzte seinem Leben ein Ende.

Seit Monaten lehnen sich die Flüchtlinge des Flüchtlingsheim Meinersen gegen die dort herrschenden unerträglichen Verhältnisse und institutionellen Rassismus auf und haben sich organisiert. Sie fordern die Schließung des Heims sowie einen sofortigen Abschiebestopp, Bleiberecht, Bewegungsfreiheit und Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge.

Hausdurchsuchung im Substanz in Osnabrück

Osnabrück Am Abend des 1. März 2011 durchsuchte die Polizei die Räumlichkeiten des Kulturzentrums „SubstAnZ" in Osnabrück. Dabei drangen ca. 30 Polizeibeamt_innen in voller Kampfmontur gemeinsam mit etwa zehn Polizist_innen in Zivil in das Gebäude ein, störten das Vereinsleben empfindlich und kriminalisierten die anwesenden Gäste. Als Anlass wurde die Suche nach einzelnen indizierten Ausgaben der Zeitschrift Interim angegeben. Der Durchsuchungsbeschluss richtete sich zwar gegen den in einem separaten Raum gelegenen Info- und Buchladen, jedoch drangen die Einsatzkräfte auch in weitere Bereiche des Hauses vor. Dort untersagten die Beamt_innen zunächst allen Gästen des offenen antifaschistischen Treffs „Café Résistance" den Veranstaltungsraum zu verlassen. Sämtliche Gäste mussten unter Androhung einer Ingewahrsamnahme eine Personalienkontrolle über sich ergehen lassen und wurden anschließend vor die Tür gesetzt.

Das Hausplenum des SubstAnZ dazu: „Wir sind entrüstet über das Vorgehen der Polizei gegen das selbstverwaltete Zentrum „SubstAnZ", welches die Osnabrücker Kulturlandschaft fördert und bereichert sowie außerparlamentarischer linker Politik einen Raum bietet. Hier fand, wie bereits unter anderem in Berlin, Hamburg, München und Freiburg geschehen, die Kriminalisierung linker Strukturen, alternativ-kultureller Freiräume und antifaschistischer Arbeit ihren Ausdruck. Es handelt sich nicht um einen Einzelfall, sondern um eine repressive Strategie, die darauf abzielt, progressive politische Arbeit zu stigmatisieren und nach Möglichkeit juristisch zu verfolgen."

Weitere Infos unter: fraz-os.org

Haus in der Grawertstraße in Münster besetzt und geräumt

Münster Am 25. März 2011 wurde ein Haus in Münster besetzt, um dem Leerstand bei gleichzeitiger prekärer Wohnungslage etwas entgegenzusetzen. Es sollte sich gemeinschaftlich mit sozialen, ökologisch nachhaltigen, hierarchie- und gewaltfreien Lebensformen auseinandergesetzt werden, um diese im Alltag aktiv zu gestalten. Um einen öffentlichen Raum zu schaffen, in dem menschliche Begegnungen und offener Austausch möglich sind, gab es zahlreiche Veranstaltungen und Treffen mit den Nachbar_innen. Die meisten waren erfreut darüber, dass eins der vielen leer stehenden Häuser genutzt wurde. Im Perspektivenarbeitskreis trafen sich Bewohner_innen, Unterstützer_innen und Anwohner_innen, um die zukünftige Nutzung der Grawertstraße zu diskutieren.

Im Laufe der Woche tauchten immer mehr Menschen, die günstigen Wohnraum suchten, auf. Dabei wurde mal wieder deutlich, dass es viele Menschen, gerade Flüchtlinge mit unsiche-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

rem Aufenthaltsstatus noch sehr viel schwieriger haben, eine Wohnung zu finden. Anzeigen wegen Kleinigkeiten wie Hausfriedensbruch können zu einer Abschiebung führen. Auch deshalb sollte der Wohnraum in der ganzen Straße legalisiert und günstig nutzbar gemacht werden

Das Haus gehört der BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben), wurde aber dem britischen Militär zur Nutzung überlassen. Trotz Verhandlungen seitens der Besetzer_innen stellte die BimA Strafanzeige.

Am 14. April, 20 Tage nach der Besetzung, wurde das Haus geräumt.

Teilzerstörung des Africa House in Calais

Calais Am 31. März wurde das „Africa House", ein großes besetztes Fabrikgelände in Calais, in dem momentan etwa 80 Menschen ohne Papiere leben, teilweise geräumt. Die dort lebenden Menschen sind der rassistischen Repression nun direkt ausgesetzt. Die Räumung des gesamten Areals scheint nun bevorzustehen.

Die Bewohner_innen des „Africa House" wurden von der Polizei aus dem Gebäude vertrieben, um den Weg für einen Bulldozer freizumachen. Aktivist_innen, die versuchten den Bulldozer zu blockieren, wurden festgenommen, Schlafplätze und Zugänge zum Dach zerstört. Die Polizei rechtfertigte die Aktion mit Sicherheitsbedenken. Der tatsächliche Grund ist aber zweifellos, dass die Polizei den Migrant_innen die Flucht bei Razzien erschweren möchte. Das „Africa House" wird mehrmals wöchentlich, manchmal täglich, von der Polizei aufgesucht. In solchen Fällen werden Menschen festgenommen und Schlafplätze zerstört. Aktivist_innen warnen die Bewohner_innen des Hauses meist mit Trillerpfeifen. Um den Festnahmen zu entkommen, nutzen viele die Wege auf das Dach des Gebäudes. Diese wurden nun jedoch unbrauchbar gemacht, wodurch die Sicherheit der Menschen im Haus gefährdet ist, da das Risiko festgenommen zu werden nun größer ist. Das vom Bulldozer produzierte Gerümpel wurde dazu genutzt, eine große Barrikade am Eingang des Hauses zu errichten. Die Menschen vor Ort wünschen sich Unterstützung, da möglicherweise eine Räumung bevorsteht.

Kommt nach Calais – Solidarité avec les sans-papiers!

Weitere Informationen zur Situation in Calais und zu jüngsten Entwicklungen gibts hier:

www.calaismigrantsolidarity.wordpress.org
www.calaismigrantsolidarity.blogsport.de

Besetztes AZ Köln bleibt!

Köln Die Räumung des besetzten autonomen Zentrums in Köln-Kalk konnte Anfang April 2011 im letzten Moment abgewendet werden. Etwa 60 Besetzer_innen hatten sich verbarrikadiert. Die Unterstützung sammelte sich vor den massiven Polizeiabsperrungen. Statt den von der bürgerlichen Presse proklamierten Chaostagen kam es aber in allerletzter Sekunde zu – letztendlich erfolgreichen – Verhandlungen über die Nutzungsbedingungen mit der Sparkasse Köln, der Besitzerin des Hauses. Die Besetzer_innen dazu: „Der sich abzeichnende Vertrag ist im Rahmen der Möglichkeiten (a.k.a. ‚Kapitalismus') für uns durchaus akzeptabel."

Dies ist die erste Besetzung seit vielen Jahren und vielen gescheiterten Versuchen, die in einen gefestigten, legalisierten Status und ein neues autonomes Zentrum mündete. Hintergrund dafür ist eine wahnsinnig starke, gut organisierte Kampagne und Praxis: Bereits anderthalb Jahre vor der Besetzung fing die breit angelegte Kampagne „pyranha" an, Öffentlichkeit zu machen und sich zu organisieren. Der Besetzung folgten Demos, Aktionen und eine vielfältige und massive Nutzung der ehemaligen Sparkasse. Für Köln war bald mehr als deutlich: Das AZ wird gebraucht!

Letzteres gilt übrigens bei weitem nicht nur für diese Stadt! Dem AZ Köln und seinen Aktivist_innen wünschen wir hier aus dem Alhambra: Alles Gute zum Geburtstag und ein noch erfolgreicheres zweites Jahr!

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

HAUSBESETZUNG 3.AKT

SQUAT THE WO

In der Nacht vom 8. auf den 9. April wurde in Oldenburg erfreulicherweise wieder einmal ein Haus besetzt. Dies war bereits die dritte Hausbesetzung innerhalb von anderthalb Jahren. Das kleine denkmalgeschütze Haus am Theaterwall 24a stand seit Jahren leer und gammelte gemächlich vor sich hin – und das trotz absolutem Wohungsmangel, welcher vor allem einkommensschwache Menschen trifft. Dies veranlasste eine Gruppe autonomer Aktivist_innen dazu, die Wohraumpolitik der Stadt Oldenburg selbst in die Hand zu nehmen und sich das Haus anzueignen. Ziel des Besetzer_innen war es, nach der Instandsetzung und Sanierung aus dem Haus ein kulturelles und selbstverwaltetes Wohnprojekt zu machen.

Die Bullen ließen sich lediglich am Samstagmorgen für einige Stunden blicken, zogen dann aber, nach einigen lächerlichen Versuchen, die Sympathisant_innen vor dem Haus zu fotographieren, wieder ab. Das Haus war das ganze Wochenende über gut besucht, Sympathisant_innen kamen vorbei, es wurde gebaut, gefeiert und gegrillt. Hervorzuheben war die hohe Zustimmung und Akzeptanz der Nachbar_innen und Passant_innen. Immer wieder radelten Passant_innen grinsend vorbei, winkten, verschenkten Schokolade und unterhielten sich mit den Besetzer_innen.

Am Montag, dem dritten Tag der Besetzung, kam es wie es – dem blöden Sprichwort nach – kommen musste: Das Haus wurde geräumt. Der Eigentümer hatte am Sonntagabend nach Polizeiangaben Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet. Mit einem Aufgebot von etwa 50 Bullen aus Oldenburg und Hannover wurden zunächst Sympathisant_innen, die sich vor dem Haus versammelt hatten, vertrieben und mit Platzverweisen ausgestattet, dann wurde das Haus geräumt. Es dauerte in etwa eine Stunde, bis die zwei verbliebenen Besetzer_innen aus dem Haus geführt wurden. Sie wurden kurz für eine ED-Behandlung mit auf's Revier genommen, danach aber wieder frei gelassen.

Am Dienstagabend gab es als Antwort auf die Räumung noch eine kleine Spontandemo mit etwa 50 Teilnehmer_innen. Als Highlight der Demo kann wohl die Einweihung des Konsumtempels Schlosshöfe als neue Demonstrationsroute bezeichnet werden.

Auch wenn es mal wieder ein kurzes Vergnügen war, so kann die Besetzung Alles in Allem dennoch als Erfolg gewertet werden. Dies liegt nicht nur an den positiven Rückmeldungen und dem Zuspruch so vieler Anwohner_innen und Passant_innen. Auch das Medienecho viel diesmal unglaublich (!) gut aus. Zwar war die Berichterstattung keine aus linker Perspektive kritische Betrachtung von Wohnraum- und Stadtpolitik, trotzdem wurden die Besetzer_innen und deren Forderungen viel zitiert. Von „Chaoten" war diesmal nicht die Rede. Dies liegt wohl an zwei Sachen. Erstens: Die Forderungen der Besetzer_innen wirken nicht zu „radikal" (siehe Brief an die Nachbar_innen). Zweitens: Die Besetzung fand einfach zu einem sehr guten Zeitpunkt statt. Die Stadt steht gerade ziemlich in der Kritik für ihre Wohnraumpolitik. Die Besetzung des Hauses am Theaterwall war somit nicht weniger, als ein gut plazierter Finger in die – übrigens immer noch – offene Wunde.

BRIEF AN DIE NACHBARN

Hallo Nachbarn,
wir wollen uns kurz vorstellen:

Wir sind die Menschen, die das Haus Theaterwall 24a besetzt haben. Nach der Sanierung und Instandsetzung des Hauses beabsichtigen wir in diesem Haus ein kulturelles, selbstverwaltetes Wohnprojekt einzurichten, um so die Vielfalt, für die Oldenburg einst bekannt war, wieder zu fördern und einen linksaltemativen Freiraum zu schaffen.

Durch steigende Einwohnerzahlen bei gleichbleibenden Wohnangebot steigen die Mieten. Besonders ist dies bei Ein- bis Zwei- Personenhaushalten zu merken. Günstiger Wohnraum für einkommensschwache Menschen, die nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen seien wollen, ist in Oldenburg schwer zu finden. Stattdessen werden übertriebene Projekte wie die Wasserstadt angezettelt, die im Endeffekt wenig gutbetuchten Bürgern großzügigen Wohnraum bieten sollen. Anstelle effektiver Wohnraumpolitik werden Konsumeinrichtungen wie das Nahversorgungszentrum auf dem Gelände des Busunternehmens Pokol oder die Schlosshöfe geplant und errichtet. Exemplarisch für diese Art der Politik ist der Oberbürgermeister Schwandner. der ohne das Stadtbild von Oldenburg im Blick zu haben mit dem Gedanken, innerhalb des Autobahnringes bis zu 15 stöckige Hochhäuser errichten zu wollen, aufwartet.

Auch der katastrophale Zustand vieler Gebäude, wie zum Beispiel das ehemalige Wallkino, sind nicht tragbar und demonstrieren fehlende Handlungsbereitschaft sowohl der Stadt als auch der Eigentümer gegenüber erhalten- und fördernswerter Bauten.

Durch diese Art des Denken und Handelns wird das Stadtbild nachhaltig gestört, wodurch nicht nur Oldenburgs baulicher Charme verloren geht, sondern auch die Vielschichtigkeit und Individualität der Einwohner geschmälert wird von der eine Stadt lebt.

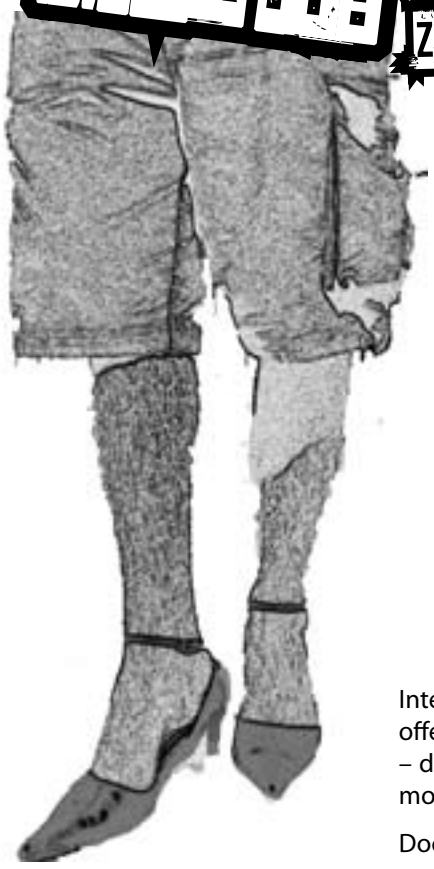
Um dies zu unterstreichen haben wir bewusst das denkmalgeschütztes Haus am Theaterwall 24a ausgewählt, da es im Kernbereich der Stadt liegt.

Wir hoffen auf eine gute Nachbarschaft und laden Sie zu einem Gespräch mit uns ein.

KICK IT!

ZWANG ZUR HETEROSEXUALITIÄT UND ZWEIGESCHLECHTIGKEIT ZU FALL BRINGEN!

QUEER UP YOUR LIFE!



offene und aktionsreiche
demo zum internationalen
tag gegen trans-und homophobie

14.5.11 14 uhr
bahnhofsvorplatz

Internationaler Tag gegen Trans*- und Homophobie – wir nehmen den Tag zum Anlass für eine offene_aktionsreiche_Demo in Oldenburg. Seit 2005 findet dieser Tag jährlich am 17. Mai statt – das Datum geht auf den 17. Mai 1990 zurück, an dem die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität als Krankheitsbild aus ihrer Liste strich!

Doch was ist eigentlich Trans*- und Homophobie?

Homophobie wird als negative Einstellung und emotionale Haltung gegenüber Homosexualität verstanden, die gesellschaftlich erlernt und weit verbreitet ist. Trans*phobie kann begriffen werden als abwertende Sichtweisen auf Menschen und Lebensentwürfe, die nicht den traditionellen Normen von Geschlecht entsprechen. Diese vourteilshaften Gefühle stärken und produzieren Stereotype, Diskriminierungen und Gewalt gegen Trans*personen und Homosexuelle. Diese „Phobien",wie der Begriff nahe legen könnte, kommen nicht von irgendwo und sind auch kein individuelles Phänomen. Dahinter steht ein gesellschaftliches Denk- und Ordnungssystem, das durch und durch geprägt ist von dem Mythos der natürlichen und unveränderlichen Zweigeschlechtlichkeit. Also der Vorstellung, mensch sei von Natur aus entweder „Frau" oder „Mann" und bleibe dies ein Leben lang. Diesen Mythos gilt es, zu Fall zu bringen!

Diskriminierung von Trans*personen

Die alltägliche Gewalt, der Les_bi_schwulen_Trans*_Inter_A_queer-lebenden[1] Menschen ausgesetzt sind, scheint bis heute leider so unwichtig in der deutschen Gesellschaft, dass es nicht einmal eine gesonderte polizeiliche Kriminalstatistik dazu gibt.

Eine britische Studie ergab allerdings, dass 78% aller befragten deutschsprachigen Trans*personen schon mal Übergriffe in der Öffentlichkeit erlebt haben. Dazu zählen trans*phobe Äußerungen, körperliche Angriffe und sexuelle Gewalt. Erschreckend demgegenüber ist, dass fast die Hälfte der befragten Bevölkerung in einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aussagte, dass Trans*menschen nicht von Diskriminierung betroffen seien. In Deutschland werden Trans*personen häufig nicht wahrgenommen und wenn doch, werden sie als krank abgestempelt. Daran ändert auch die Reform des Transsexuellen-Gesetzes nichts. Damit das gefühlte, gewünschte und_oder gelebte Geschlecht auch offiziell anerkannt wird, müssen sich Trans*menschen immer noch oft erniedrigenden psychologischen Begutachtungen und Behandlungen unterziehen und ihre intimsten Gefühle und Gedanken preisgeben. Sie sind der Willkür der begutachtenden Fachkräfte ausgeliefert, die darüber entscheiden ob jemand männlich oder weiblich genug ist. Dies wird manchmal auch an so banalen Dingen festgemacht, ob z. B. ein Trans*mann „noch" sein Damenfahrrad fährt oder seine Haare als zu lang erachtet werden. Auch international wird Deutschland für diese Geset-

zeslage kritisiert und aufgefordert das menschenrechtswidrige Prozedere abzuschaffen.

Zwang zur heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit

Doch nicht nur Trans*menschen müssen sich eindeutig in eins der zwei Geschlechter einordnen. Von jeder Person wird erwartet, dass sie immer und immer wieder darstellt, dass sie dem einen und nur dem einen Geschlecht angehört und „natürlich" heterosexuell ist. Diese Heterosexualität ist genauso wenig natürlich, wie die Einteilung in zwei Geschlechter.

Das bestehende Geschlechterverhältnis ist in sich hierarchisch. Das was als weiblich gilt wird abgewertet – auf allen Ebenen und mit verschiedensten Mitteln: z.B. durch zugeschriebene Charaktereigenschaften, wie gefühlsgesteuert, irrational und technischer Unbegabung, in medialen Darstellungen als sexualisierte, auf Männer fixierte Frauen; sowie in der Arbeitswelt – Frauen verdienen 72% weniger Lohn bei gleicher Arbeit.

Männlichkeit mit den dazugehörigen Attributen wie Gewaltbereitschaft, Härte und Rationalität hingegen wird aufgewertet und als Maßstab gesetzt.

Die Zweigeschlechtlichkeit wird spätestens nach der Geburt aufgrund von gesellschaftlich-gemachten Kriterien erzeugt. Bei Menschen, die „zwischen" den beiden als normal geltenden Geschlechtern geboren werden, zeigt sich das darin, dass diese laut dem Gesetz direkt nach der Geburt als Junge oder Mädchen eingeteilt werden müssen. Dies geschieht fast immer mit qualvollen medizinischen Eingriffen. Heutzutage können sich Eltern gegen diese medizinischen Maßnahmen, die meist nicht mit einer einzigen Operation beendet sind, entscheiden. Die wenigstens Eltern stellen sich jedoch dagegen. Viele zwangsoperierte intergeschlechtliche Menschen haben Traumatisierungen durch die erlittenen langwierigen Prozeduren.

Auch der Zwang zur Heterosexualität wird schon früh für Menschen spürbar. Meist beginnt dies schon in der Grundschule und hört in der Pubertät noch lange nicht auf. Von der heterosexuellen „Normalität" abweichende Lebensweisen werden ein Leben lang durch immer wiederkehrende Coming-Outs begleitet. Der Begriff Coming-Out beinhaltet die Grenzüberschreitung von gesellschaftlich festgeschriebenen Normen. Ein offenes nicht-heterosexuelles Leben bringt häufig gewaltvolle Erfahrungen mit sich.

Internationale Bezüge

Uns geht es jedoch nicht nur darum aufzuzeigen und dagegen zu protestieren, wie die Situation in Deutschland aussieht. Wir möchten unsere Solidarität aussprechen mit allen Menschen, die sich weltweit gegen Trans*- und Homophobie und deren fatale Folgen einsetzen.

Denn in über 75 Staaten auf der Welt ist Homosexualität bis heute verboten und wird strafrechtlich verfolgt. In mindestens fünf dieser Staaten können homosexuelle Handlungen mit der Todesstrafe geahndet werden.

Doch auch wenn nicht per Gesetz der Tod als Höchststrafe gilt, so sind fast überall, Les_bi_schwule_Trans*_Inter_A_queer-lebende Menschen gefährdet. Von Beschimpfungen über öffentliche Aufrufe zu Gewalt bis hin zu Mord. Dennoch ist z.B. die Diskriminierung und Verfolgung von Trans*menschen bislang als geschlechtsspezifischer Asylgrund in Deutschland nicht anerkannt.

Auch in Uganda ist Homosexualität immer noch strafbar. Darüber hinaus wird von christlichen Fundamentalist_innen offener Hass geschürt und die Bevölkerung zu Hetzjagden gegen Les_bi_schwule_Trans*_Inter_A_queer-lebende Menschen aufgerufen.

Vor nicht einmal vier Monaten, geschürt durch diese Hetze, wurde der schwule Menschenrechtsaktivist David Kato Kisule ermordet. Ihm wurde in seinem Haus aufgelauert, er wurde dort zu Tode geprügelt. Der Fall von David ist keine Ausnahme und kein Einzelfall. In Brasilien, in einem Land in dem Homosexualität legal ist und sogar in einigen Regionen die eingetragene Lebenspartnerschaft erlaubt ist, wurden allein im Jahr 2010 mehr als 260 homosexuelle und trans* Menschen ermordet.

Kapitalistische Strukturen und Zweigeschlechtersystem

Geschlechterzuschreibungen sind fest in unserer Gesellschaft verankert. Der Zwang zur Übernahme bestimmter gesellschaftlicher Rollen wird in kapitalistischen Strukturen aufgegriffen und verwertbar gemacht. Das heterosexuelle Paar, bei dem der Mann arbeiten geht und die Frau unbezahlte Reproduktionsarbeit wie Haushalt, Kinder-, Altenpflege und Erziehung leistet, sorgen innerhalb der kapitalistischen Logik für die Bereitstellung zukünftiger Arbeitskräfte und sorgen damit für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems und der traditionellen, hierarchischen Geschlechterordnung.

Der Mythos, dass allein in heterosexuellen Beziehungen für Nachwuchs und damit für zukünftige Arbeitskraft im kapitalistischen System gesorgt wird, ist ein Trugschluss: es gibt viele heterosexuelle Paare, die gewollt oder ungewollt kinderlos bleiben und viele homosexuelle Beziehungen, Alleinerziehende oder andere Gemeinschaften in denen Kinder aufwachsen. Doch egal ob weiterhin an dem Ideal der heterosexuellen bürgerlichen Kleinfamilie festgehalten wird oder andere Lebenskonzepte für die kapitalistischen Strukturen verwertbar gemacht werden – wir wenden uns gegen jede Nutzbarmachung von Menschen für die profitmaximierenden, ausbeuterischen Verhältnisse, die Kapitalismus immer bedeutet. Aus diesem Grund sind wir für die Überwindung sämtlicher kapitalistischer uns sexistischer Strukturen und Verhältnisse!

[1] Lesbisch, Bisexuell, Schwul, Trans*menschen, Intergeschlechtliche Menschen, Asexuelle, queerhandelnde Menschen. Uns ist bewusst, dass wir bei dieser Aufzählung wieder Selbstverständnisse nicht benennen und wünschen uns dass die Freiräume _ Platz lassen für selbstdefinierte Lebensentwürfe jenseits der herrschenden Geschlechter- und Sexualitätsnormen.

Und jetzt...?

Gewalt hat viele Seiten – körperliche Angriffe, Mobbing, Blicke, Gesten, Ignoranz, psychische Bedrohungen, Erpressungen. Doch auch die Angst vor eben diesen Übergriffen ist bereits Teil der alltäglichen Gewalt, der Menschen, die nicht den Normen entsprechen, ausgesetzt sind.

Die Frage, die sich jede_r Einzelne_r stellen sollte ist: wie kann ich dazu beitragen, dass diese Welt vielfältiger und gewaltfreier wird? Folgend sind einige Ideen aufgelistet, die gerne erweitert werden können:

★ Wenn ein Kind geboren wird frag nicht danach „was" es denn ist oder ob es „gesund" ist?

★ Scanne Menschen auf der Straße nicht ab, ob sie Männer oder Frauen sind

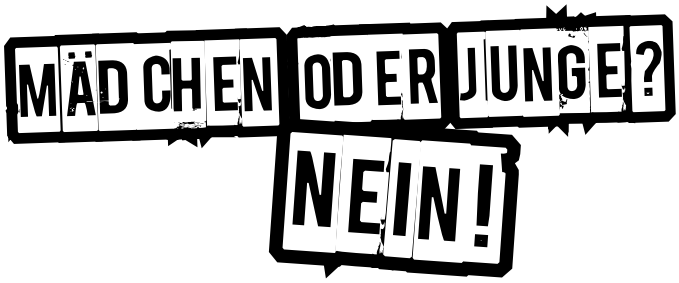
Urteile nicht über Menschen, die du als Männer wahrnimmst, wenn sie Make-up und Kleider tragen

Respektiere Menschen, die du als Frauen wahrnimmst, in ihren vielfältigen Erscheinungsformen

Wenn von jemandem bekannt ist, dass die Person trans* ist, dann nicht nach dem „Geburtsgeschlecht" fragen und wichtig: oute die Person nicht vor anderen, wenn du nicht weißt ob sie_er das will

Wenn man sich unsicher ist welches Geschlecht eine Person hat, könnte vorsichtig nachgefragt werden, welches Pronomen (also er oder sie oder etwas anderes) die Person für sich bevorzugt

Nimmst du an, du weißt das Geschlecht einer Person und ihr sexuelles Begehren? Sei dir da nicht so sicher. Und es ist auch nicht wichtig, immer sicher zu sein. Unsicherheit kann einen Raum darstellen, Menschen außerhalb der „normalen" Sichtweise zu sehen und die Persönlichkeit eines Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.



Frau oder Mann, Junge oder Mädchen? Zwei Kategorien, eine Frage. Eine Frage die uns jeden Tag unzählige Male begegnet. Das fängt auf dem Klo an und hört bei Facebook noch lange nicht auf. Den meisten fällt die Antwort nicht schwer, denn sie ist immer die Selbe. Wir müssen uns noch nicht einmal für eine der beiden Möglichkeiten entscheiden, das haben Andere spätestens kurz nach unserer Geburt für uns gemacht. Anhand der Körperform zwischen unseren Beinen, werden wir entweder der Gruppe zugeordnet, die auf Fragen wie: Spielst du gerne mit Puppen? Magst du Rosa? Stehst du auf Typen? Magst du´s eher sauber und ordentlich? Hast du einen „Schuhtick"? mit „ja" antwortet oder eben in die Gruppe, deren genormte Antwort „nein" lautet. Die Liste der Fragen könnten wir unendlich lange weiterführen, denn die Menschen haben so ziemlich alles in ihrer Welt in „männlich" und „weiblich" eingeteilt. Manches mehr, manches weniger. Da diese Einteilung nicht von einem Gott und auch nicht aus der „Natur" kommt, sondern durch die Gesellschaft gemacht wurde und wird, kann sie sich auch ändern. So wurde vor gut 100 Jahren die Farbe Rot noch dem Männlichen, die Farbe Blau, dem „Weiblichen" zugeordnet. Heute ist es genau anders herum.

Wir leben also alle nach Klischees und Stereotypen, die jede_n in dieses Zweigeschlechtersystem einzwängen. Nun gibt es, wie wir wissen, immer wieder Abweichungen von dieser genormten, also

NORMaler Weise „richtigen" Antwort. Jede_r von uns hat (Körper)Eigenschaften, Gefühle oder Vorlieben die nicht in die Norm passen. So gibt es Mädchen, die gar nicht gerne reiten sondern lieber Fußball spielen und Jungs, die statt vor dem PC zu sitzen, lieber Mützen häkeln. Frauen, die was mit Frauen haben und Männer die gerne einen Mann heiraten wollen. In einer heteronormativ strukturierten Gesellschaft wie der unseren, die alles auf zwei Geschlechter normt und Heterosexualität zur natürlichen Paarungsweise erklärt, gilt all das als unnormal. Im schlimmsten Fall bedeutet dies für Menschen, die nicht der Norm entsprechen, sich also unnormal verhalten, sozialen Ausschluss, Verfolgung, Ermordung. Im besten Fall Toleranz. Je nachdem wie stark mensch von der Norm abweicht und wie offen das direkte Umfeld ist. Ein System, eine Gesellschaft in die kein Mensch 100%-ig reinpasst und die im besten Fall eine_n nur toleriert, kann kein Mensch wollen.

Wir wollen, dass alle Menschen mit Freude und Neugierde ihre Sexualität und ihr Geschlecht selbstbestimmt gestalten können - ohne negative Reaktionen, Übergriffe und der ständigen Angst davor!

HIER - JETZT - UND ÜBERALL!

Oldenburger Rechtshilfe – Jahresbericht 2010

Die Unterstützungsarbeit der Oldenburger Rechtshilfe war auch im vergangenen Jahr 2010 notwendigerweise mit der Kriminalisierung und Verfolgung linker politischer Opposition zu den herrschenden Verhältnissen befasst.

Sie ist weiterhin notwendig, um der Antirepressionsarbeit Kontinuität zu verleihen, um die Vereinzelung von zufällig oder bewusst aus politischen Zusammenhängen Herausgegriffenen zu verhindern, um eine qualifizierte Verteidigung vor Gericht zu gewährleisten und finanziell abzusichern und um Öffentlichkeit bei politischen Verfahren herzustellen.

Einige Beispiele für Unterstützungsfälle 2009/2010:

- Verschiedene Verfahren in Zusammenhang mit antifaschistischen Aktionen und Aktivitäten
- Verfahren wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung,… in Zusammenhang mit willkürlichen Festnahmen bei verschiedenen Demonstrationen
- Verfahren in Zusammenhang mit Anti-AKW Aktionen (insbesondere Castor Transporte)
- Verfahren wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz
- Unterstützung von Veranstaltungen
- Knastabos (Konkret, Analyse und Kritik)

Diese politische und insbesondere materielle Unterstützung als konkrete Solidarität ist nur möglich aufgrund eines regelmäßigen Spendenaufkommens.

Die Rechtshilfe dankt allen Spenderinnen und Spendern!

Die Rechtshilfe trifft sich donnerstags um 21.00 Uhr im Alhambra (Infoladen, Vorderhaus), Hermannstr.83, 26135 Oldenburg. In dieser Zeit sind wir auch telefonisch zu erreichen: 0441/14402.

email: rechtshilfe-oldenburg@gmx.de
Internet: www.alhambra.de/rechtshilfe

Spendet auf das Konto der Rechtshilfe!
Richtet Daueraufträge ein!

Konto 100-006 154
Bankleitzahl 280 501 00 (LzO)
Oldenburger Rechtshilfe

Das Anti-Repressions-Standartwerk für die politische Praxis „Wege durch die Wüste“ ist endlich wieder erhältlich bei der Rechtshilfe und im Infoladen.

8.MAI
TAG DER BEFREIUNG

BUNDESWEHR KONZERT VERHINDERN!

GESCHICHTSREVISIONISMUS & KRIEGSVERHERRLICHUNG ENTGEGENTRETEN

8.MAI – 10 UHR
SCHLOSSGARTEN
GARTENSTR. 37
OLDENBURG

Am 8. Mai 2011 will die Bundeswehr im Schlossgarten in Oldenburg ein Konzert veranstalten. Für sie scheint es ein Tag wie jeder andere zu sein, ebenso wie für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern ist er in der Bundesrepublik kein Feiertag und im öffentlichen Bewusstsein kaum oder gar nicht präsent. Für uns ist der 8. Mai der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Am 8. Mai 1945 zwangen die Alliierten Nazi-Deutschland zur bedingungslosen Kapitulation. Das bedeutete das Ende des von Deutschland begonnenen Weltkriegs und das Ende der industriellen Massenvernichtung von Millionen Jüdinnen und Juden, von Sinti und Roma, von Menschen mit Behinderung, von Schwarzen, von Homosexuellen, von sogenannten Asozialen, von politischen Gefangenen. Umso empörter sind wir, dass die Bundeswehr sich erdreistet, diesen Tag für eine Propagandaveranstaltung zu nutzen.

WEHRMACHT, BUNDESWEHR... ALLES DER SELBE ROTZ?

Wir sehen die Bundeswehr als Organisation, die in ihrer Gründungszeit in der Tradition der nationalsozialistischen Wehrmacht stand und diese Tradition bis heute fortführt.

Nachdem 1945 die vollkommene Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und damit auch die Zerschlagung der Wehrmacht von den Alliierten beschlossen wurde, machten sich führende Wehrmachtoffiziere und -generäle sofort daran, Pläne für eine zukünftige westdeutsche Armee zu schmieden. Federführend dabei waren Nazi-Offiziere von SS und Wehrmacht, die ihren Eid auf Hitler nie gebrochen und dem Faschismus bis zuletzt treu gedient hatten. 1956, nur 11 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus, wurde – gegen breiten Widerstand von Überlebenden, aus den linken Bewegungen und aus den Friedensbewegungen – die Bundeswehr gegründet. Die Alliierten hatten die Wiederbewaffnung forciert, damit sich Westdeutschland nun in die Reihe der kapitalistischen Weltmächte stellen konnte, die sich im Kontext des Kalten Krieges die Verteidigung der Welt vor „dem Bolschewismus“ auf die Fahnen geschrieben hatten.

Im Wehrpflichtgesetz der neu gegründeten Bundeswehr wurde sich unverhohlen auf die Wehrmacht bezogen, Ideologie und Militärpraxis der Bundeswehr wurden bewusst an sie angelehnt. Auch personell stellte die Bundeswehr eine Fortführung der Wehrmacht dar. Ehemalige Wehrmachtssoldaten wurden ihrem alten

Dienstgrad entsprechend eingezogen und frühere Mitglieder der SS und Waffen-SS übernommen. Ein Beispiel unter vielen ist Hans Speidel, ehemaliger General der Wehrmacht und erster Befehlshaber der Bundeswehr in den 50er- und 60er-Jahren. Auch er gehörte zu den eben genannten Nazi-Größen, die am Aufbau der Bundeswehr beteiligt waren.

Schon in den 60er-Jahren gehörte die Bundeswehr zu den stärksten Armeen Europas, die Wiederbewaffnung Deutschlands war mehr als erfolgreich gewesen.

Immer noch pflegt die Bundeswehr ihre im NS verankerte Tradition: so sind auch heute noch Kasernen nach „großen Männern" der Wehrmacht benannt. In Augustdorf (Kreis Lippe, Nordrhein-Westfalen), einer der größten Garnisonsstädte Deutschlands, steht die Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne. Erwin Rommel galt als „Lieblingsgeneral" Hitlers und war eine der bedeutendsten Personen für den militärischen Arm des NS. Auch in Oldenburg ist die Henning-von-Tresckow-Kaserne nach einem Generalmajor der Wehrmacht benannt, der sich im militärischen Widerstand um das Stauffenberg-Attentat im Juli 1944 einen Namen machte. Warum wir an dieser Form des Widerstands Kritik üben und die Benennung einer Kaserne nach Tresckow zu skandalisieren ist, führen wir im nächsten Absatz aus.

DEUTSCHE SOLDATEN ALS HELDEN, DIE DEUTSCHE BEVÖLKERUNG ALS OPFER... DA STIMMT WAS NICHT.

Während am 8. Mai kein dankbares Wort über die Zerschlagung des Nationalsozialismus durch die Alliierten verloren wird und sogar Bundeswehr-Konzerte stattfinden, gibt es alljährlich am 20. Juli ein Spektakel vor dem Bundestag, bei dem den „Opfern" des 20. Juli 1944, dem Tag des missglückten Stauffenberg-Attentats auf Hitler, mit einem „feierlichen Gelöbnis" der Bundeswehr gedacht wird. Problematisch finden wir das unter anderem deshalb, weil die Militärs rund um Stauffenberg nicht im Sinne eines generellen Antifaschismus oder einer emanzipatorischen, freien Gesellschaft, sondern aus rein taktischen Gründen gehandelt haben. Angesichts des Zwei-Fronten-Kriegs und einer drohenden Kriegsniederlage sahen die Attentäter das Fortbestehen Deutschlands bedroht. Bis zum Schluss standen sie hinter nationalsozialistischen Kriegszielen, beispielsweise trat Stauffenberg für die Erhaltung der Reichsgrenzen von 1914 im Osten und des „Sudetengebiets" ein. Bei ihrer Kritik an der Kriegspolitik der nationalsozialistischen Führungsriege ging es den Militärs nicht um emanzipatorische Überlegungen, um die Vermeidung von Krieg oder gar seiner Opfer.

Auch ideologisch standen die Akteure dem Nationalsozialismus sehr nahe. So waren auch sie Befürworter der Installierung des NS-Regimes und des Endes der Weimarer Republik. Sie vertraten antisemitische, antibolschewistische und antidemokratische Positionen und waren bereit deren Vertreter_innen zu vernichten.

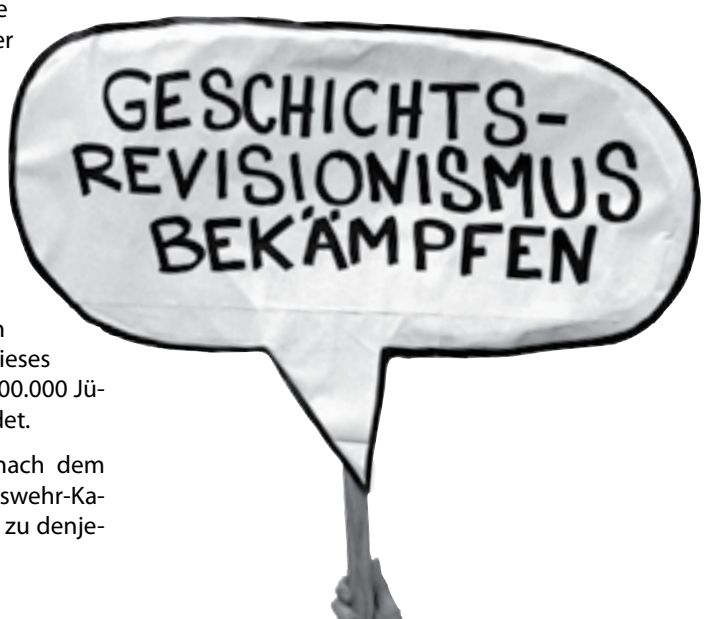
Entgegen des Bildes der „sauberen Wehrmacht", die ausschließlich aus unpolitischen, lediglich ihren militärischen Eid leistenden Soldaten bestanden habe, übernahm die Wehrmacht während des Vormarsches und in ihren Besatzungsgebieten in der Sowjetunion folgende Aufgaben: die „Erfassung" der jüdischen Bevölkerung, die Auswahl der unmittelbar zu ermordenden Menschen unter den Kriegsgefangenen der Roten Armee und die logistische Unterstützung der Einsatzgruppen, die die Morde begingen. Außerdem war die Wehrmacht für die sogenannte Banden- und Partisanenbekämpfung zuständig, von der in erster Linie die sowjetische Zivilbevölkerung betroffen war.

Allein während der ersten Monate (bis April 1942) dieses Feldzuges wurden rund 500.000 Jüdinnen und Juden ermordet.

Henning von Tresckow, nach dem die Oldenburger Bundeswehr-Kaserne benannt ist, gehörte zu denjenigen, die stets über diese Mordtaten informiert waren. Besonders er hatte immer wieder auf die Wichtigkeit der sogenannten Partisanenbekämpfung hingewiesen. Tresckow war Wehrmachtsoffizier und gehörte zum engen Planungskreis um Stauffenberg. Für ihn gilt die selbe Kritik, die an den Attentätern vom 20. Juli 1944 und an der Wehrmacht im Allgemeinen geübt wird. Auch er war an zahlreichen Kriegsverbrechen der Wehrmacht beteiligt oder zumindest zustimmender Mitwisser.

Diesen Tatsachen trotzend gilt das Stauffenberg-Attentat als Musterbeispiel für den deutschen Widerstand im Nationalsozialismus. Mit der Glorifizierung des Attentats werden die Verbrechen relativiert, die die Akteure begangen haben. Es wird also vor allem dem Widerstand von Militaristen und Nationalisten gedacht. Linkem und linksradikalem Widerstand, der von Beginn an und aus bewussten politischen Motiven heraus gegen die nationalsozialistische Herrschaft agiert hat, wird in der Gedenkpolitik der Bundesrepublik keine Beachtung geschenkt. Diese Tatsache ist nicht weiter verwunderlich, da sich die politische Ausrichtung der Bundesrepublik weniger mit den politischen Zielen dieses Widerstands vereinbaren lässt, als mit dem militaristischen, nationalistischen und konservativen Widerstand der Eliten.

Genau so wenig wird der Widerstand von Juden und Jüdinnen, von Menschen mit Behinderung, von Schwarzen, von Homosexuellen, von sogenannten Asozialen, von Sinti und Roma, von Zwangsarbeiter_innen oder von Menschen in den besetzten Gebieten gewürdigt, sie alle werden so zu wehrlosen Opfern.



Regelmäßig werden Soldaten der Wehrmacht auf diese Weise zu Helden gemacht, ihre zahlreichen Kriegsverbrechen im Dienste des Nationalsozialismus werden verschwiegen und relativiert. Der „deutsche Widerstand" soll dabei stellvertretend für die Mehrheit der Deutschen stehen, für jene „anständigen Deutschen", die dem NS kritisch gegenüber gestanden haben sollen. Dies bot schon früh die Gelegenheit, sich nach 1945 rückwirkend von der Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen loszusagen. Immer wieder wird für die Bundesrepublik beansprucht, dass sie in der Tradition eines „anderen Deutschlands", der „eigentlichen deutschen Nation", stünde, die neben dem NS weiterhin bestanden habe und mit ihm nichts gemein gehabt haben soll. Mit solch einer geschichtsrevisionistischen Propaganda wird der kontinuierliche positive Bezug auf die deutsche Nation und das deutsche Militär ermöglicht.

Als Geschichtsrevisionismus wird eine Position bezeichnet, die ein wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich bestehendes Bild von der Geschichte verändern und „neu sehen" will. In Bezug auf den Nationalsozialismus heißt das immer, dass die Verbrechen der Deutschen geleugnet, abgeschwächt oder verharmlost werden. Man will sich des „geschichtlichen Ballasts" entledigen, der sich aus dem Nationalsozialismus ergibt und der das Bild der deutschen Nation immer wieder abwertet. Deshalb versuchen alle, die um ein positives deutsches Bild bemüht sind, geschichtliche Deutungen zu finden, welche die deutsche Bevölkerung entlasten. Dies wird ebenso durch eine Umgewichtung von Ereignissen versucht: So wird immer wieder das Leid der Deutschen in den Vordergrund gerückt, sie seien die Opfer der Bombardierung durch die Alliierten und der Vertreibung aus Osteuropa. Die deutsche Bevölkerung wird so zum Opfer von Krieg und Gewalt und zu einem Opfer unter vielen gemacht. Dass beide Ereignisse aus dem Nationalsozialismus und der breiten Beteiligung der deutschen Mehrheitsgesellschaft daraus resultierten, bleibt unerwähnt, würde es doch den deutschen Opfermythos und den kontinuierlich positiven Bezug auf die deutsche Nation stören.

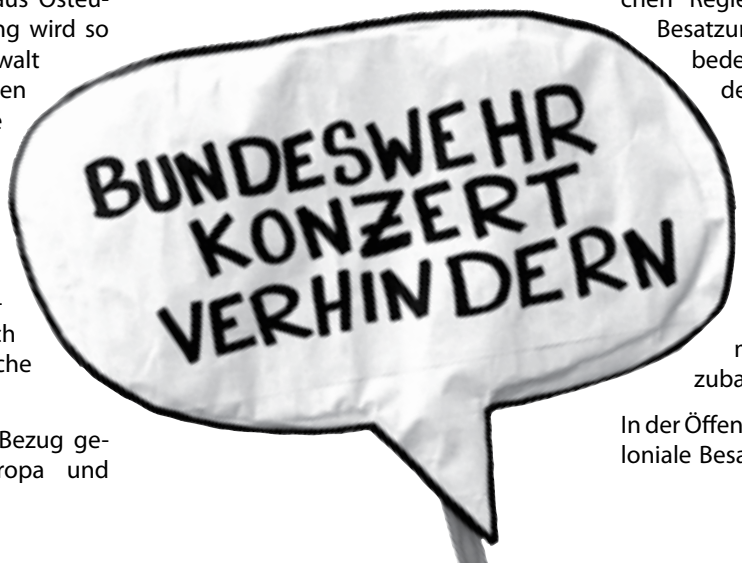
Wenn überhaupt zum 8. Mai Bezug genommen wird, wurden Europa und Deutschland von Hitler befreit und nicht die Welt vom deutschen Nationalsozialismus.

DEUTSCHE SOLDAT_INNEN FÜHREN ANGRIFFSKRIEGE

Bis in die 90er-Jahre stellten die deutschen Verbrechen ein Hindernis für die deutsche Beteiligung an militärischen Handlungen dar. Spätestens mit dem Kosovokrieg 1999 wurde Auschwitz zur Verpflichtung für die BRD gemacht, weltweit Kriege zu führen. Die rot-grüne Regierung meinte die Vorbereitung eines „zweiten Auschwitz" erkannt zu haben. So behaupteten vor allem Joschka Fischer (damaliger Außenminister) und Rudolf Scharping (damaliger Verteidigungsminister), die Serb_innen unterhielten ein Konzentrationslager für Kosovo-Albaner_innen. Dieses „zweite Auschwitz" hat es jedoch nie gegeben. Es war nur eine von vielen propagandistischen Lügen, die von der Bundesrepublik und der NATO verbreitet wurden, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu rechtfertigen. Abgesehen davon relativiert der Vergleich die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die historische Schuld Deutschlands wurde hier zur historisch begründeten Verantwortung gemacht. Die Möglichkeit, aus der historischen Schuld die Verantwortung abzuleiten, nie wieder Krieg zu führen, wurde (natürlich) nicht in Betracht gezogen. Die abgeleitete Verantwortung wirkt besonders grotesk, wenn man bedenkt, dass an die Opfer des Nationalsozialismus nie nennenswerte Entschädigungszahlungen geleistet wurden.

Der „deutsche Widerstand" und sein Gedenken, allem voran der 20. Juli, leisten ebenfalls ihren Beitrag zur Legitimierung deutscher Außenpolitik und der Einsätze der Bundeswehr. Dazu der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung beim „feierlichen Gelöbnis" der Bundeswehr anlässlich des 20. Juli: „Deutschland und Europa haben aus der Geschichte die Lehre gezogen, dass ein aktives Eintreten für Freiheit, Recht und Menschenwürde nicht nur in der Heimat, sondern auch darüber hinaus gefordert ist. Als verantwortliches Mitglied der Staatengemeinschaft können wir uns dieser Verantwortung nicht entziehen."

Die Bundeswehr ist in einem schleichenden Prozess von einer Verteidigungsarmee zur Interventionsarmee geworden. Dass es bei deutschen Interventionen nicht um „Freiheit, Recht und Menschenwürde" geht, ist nicht erst klar, seitdem (ehemals) führende deutsche Politiker wie Köhler oder zu Guttenberg unverblümt das Interesse an Rohstoffen und an der Sicherung von Handelswegen bekundeten und damit nur aussprachen, was schon längst klar war. Im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 wird neben der Kontrolle von Rohstoffen und ihren Transportwegen auch die Förderung des „freien und ungehinderten Welthandels als Grundlage unseres Wohlstands" als Aufgabe genannt. Eine weitere zentrale Aufgabe sei die „Stabilisierung" sogenannter gescheiterter Staaten und die wachsende Bedeutung des „Stabilitätsexports". Staaten werden als gescheitert erklärt, um militärisch intervenieren zu können, das Land zu besetzen (wie aktuell in Afghanistan) und so neokoloniale Interessen durchsetzen zu können. Es geht also um wirtschaftliche Absichten und die Einflussnahme des „Westens". Um sich vor politischen und sozialen Unruhen zu schützen und um somit ihren Einfluss abzusichern, müssen die „westlichen" Regierungen eine zivil-militärische Besatzung einrichten. Zivil-militärisch bedeutet, dass zivile Bereiche mit dem Militär verknüpft werden, um die Besatzung zum Einen „schmackhafter" zu machen und um sie zum Anderen allumfassend und somit möglichst effizient zu gestalten.



Zusätzlich hat die Bundeswehr die Funktion, die Weltmachtrolle Deutschlands auszubauen und zu festigen.

In der Öffentlichkeit wird versucht, neokoloniale Besatzungen als „Verhinderungen

humanitärer Katastrophen“ zu verkaufen. Dass die Besatzung selbst die „humanitäre Katastrophe“ darstellt, wird dabei verschwiegen.

MILITARISMUS IST NUR EIN TEIL DER GESAMTSCHEIßE

Militär und Militarismus gehen einher mit einer Vielzahl von Ideologien und Denkmustern, die wir grundlegend ablehnen, da sie aus unserer Sicht unvereinbar mit der Emanzipation unserer Gesellschaft sind. Die Hauptaufgabe des Militärs ist ja nicht zuletzt auch die Absicherung des Bestehenden, soll heißen eines krisenhaften Kapitalismus und der Nationalstaaten. Militarismus ist elementarer Bestandteil faschistischer Ideologie und auch rassistische, kolonialistische und sexistische Strukturen und Denkmuster sind untrennbar mit ihm verknüpft.

Es wird versucht, die aktuellen Kriegseinsätze mit der vermeintlichen Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten zu legitimieren. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um die Annahme, dass die eigenen, also die „westlichen“, Werte überlegen seien. Das ist ein rassistisches Denkmuster, welches schon im Kolonialismus dazu diente, ganze Bevölkerungen und Gesellschaften zu unterwerfen. Dieses Denken beinhaltet immer eine Hierarchisierung „des Westens“ gegenüber „dem Anderen“. Eine eigenständige Entwicklung „der Anderen“ sei unmöglich, weshalb aufklärerisch eingegriffen werden müsse.

Abgesehen von dieser rassistischen Komponente von Militär gibt es auch eine sexistische. Das Militär ist ein traditioneller Männerbund (erst seit 2001 können auch Frauen dienen) und inszeniert sich und seine Männlichkeit durch entsprechende Rituale, Ideale und Hierarchien. Immer noch gilt der Dienst beim Militär als ein „großes Abenteuer“ in „guter Kameradschaft“. Ihm kommt nach wie vor durch die Legitimierung und Legalisierung von Gewalt als Form der Auseinandersetzung ein enormer Teil der Aufrechterhaltung und Bildung einer gewaltausübenden Männerrolle zu. Militarisierung ist also nicht von einer allgemeinen patriarchalen Zurichtung zu trennen.

Zudem gehen sexualisierte Gewalt und Kriegseinsätze schon immer Hand in Hand. Das Aufeinandertreffen bewaffneter Männerhorden beinhaltet, dass der Besitz- und Herrschaftsanspruch der jeweilig Anderen gebrochen werden soll. Weil dieser Besitzanspruch sowohl die Verfügungsgewalt, als auch eine Schutzanmaßung für bzw. über die „eigenen Frauen“ beinhaltet, sind die Erniedrigung der Zivilbevölkerung des Gegners, Vergewaltigungen von Zivilistinnen und Soldatinnen, aber auch sexualisierte Gewalt gegen männliche Gefangene in allen Kriegsgebieten an der Tagesordnung. Beschwörungsformeln wie die Befreiung der Frauen aus der „islamistischen Diktatur“ verdecken sowohl diesen Zusammenhang als auch die patriarchalen Verhältnisse im eigenen Land.

Eine Gesellschaft, die bereit sein soll Kriege zu führen, muss darauf eingestimmt werden, dass Gewaltanwendung nicht nur nötig, sondern von Soldat_innen (und auch Polizist_innen) ausgeführt sogar wünschenswert bzw. heldenhaft sei. Zur Rechtfertigung von Kriegen ist es immer wieder nötig andere Standpunkte, Lösungsansätze und Probleme auszublenden. Komplexe Strukturen müssen als einfache Widersprüche wahrgenommen werden, damit am Ende einer Überlegung nur eine Lösung möglich ist: Krieg. Dies geschieht durch die Herstellung von zwei vermeintlich völlig entgegengesetzten Positionen. Es gibt nur Frauen und Männer, Demokratie bzw. Menschenrechte und „islamistische Diktatur“, „die Wilden“ und „den Westen“, „Zivilisation“ und „Barbarei“. Staatliche Gewalt wird durch diese Konstruktionen als legitimes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher oder zwischenstaatlicher Konflikte angesehen. Konflikte bestehen aber nicht aus zwei Polen, sondern sind nur innerhalb komplexer Verflechtungen nachvollziehbar.

Der Anlass für das Konzert der Bundeswehr im Schlossgarten ist natürlich nicht der 8. Mai als Tag der Befreiung. Abgesehen davon wäre es auch grotesk, wenn die Bundeswehr als Nachfolgeorganisation der Wehrmacht den 8. Mai feiern würde. Gefeiert werden soll die Patenschaft der Stadt Oldenburg mit der Bundeswehr. Auf

DER 8.MAI MUSS GEFEIERT WERDEN! BUNDESWEHRKONZERT ZUM DESASTER MACHEN!

der Internetseite der Stadt Oldenburg sind allerlei Widerlichkeiten zur Patenschaft zu lesen: So solle sie „ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit der Garnisonstadt mit ihren Bürgern in Uniform sein“. In einem Zitat aus dem Verteidigungsministerium heißt es: „Patenschaften von Einheiten und Verbänden der Bundeswehr mit Städten und Gemeinden [...] sollen das Verständnis der Bürger für die Bundeswehr als Instrument einer wehrhaften Demokratie zur Friedenssicherung fördern. [...]“

Für uns ist klar: Diese Patenschaft gilt es nicht zu pflegen, sondern zu beenden und die „Bürger in Uniform“ als Mörder_innen zu enttarnen. Wir haben keine Lust ein Teil des neuen deutschen Großmachtstrebens zu sein und kämpfen für eine solidarische Perspektive jenseits von Kapitalismus, Nation, Patriarchat, Rassismus und Krieg.

Eine Selbstinszenierung der Bundeswehr am Tag der Befreiung werden wir zu verhindern wissen. Wir werden diesen Tag feiern, indem wir das Konzert zum Desaster machen!

In Gedenken an all jene, die von der nationalsozialistischen Herrschaft in Konzentrationslagern, auf der Straße, in den Kriegsgefangenenlagern oder von der Wehrmacht ermordet worden sind.

Gruppe „Antimil-Oldenburg“

KEIN VERGEBEN, KEIN VERGESSEN!

INFOS: WWW.ANTIMIL-OL.TK

Die Zukunft der Vergangenheit

Ruckblicke und Ausblicke auf deutsche Erinnerungspolitik

»Es ist geschehen, folglich kann es wieder geschehen.« Mit diesen Worten bilanzierte der italienische Schriftsteller Primo Levi seine lebenslange Auseinandersetzung mit der Erfahrung von Auschwitz und Buchenwald. Am Ende war die Verzweiflung und die Scham darüber, das »präzedenzlose Verbrechen Auschwitz« (Yehuda Bauer) überlebt zu haben, stärker. Im Frühjahr 1987 nahm sich Primo Levi das Leben. Über Jahrzehnte setzte sich Levi für eine Kultur der Anerkennung gegenüber den Opfern ein. Doch letztlich überwog sein Pessimismus. War es nach der Befreiung die Angst gewesen, niemand würde ihm seine Erlebnisse in Auschwitz glauben, so fürchtete Levi, das Verdrängen des Grauens in Form der Instrumentalisierung und Trivialisierung der Shoah könnten am Ende obsiegen. Die heutigen Erinnerungskulturen müssen sich befragen lassen, ob sie dem Anspruch gerecht werden, ein Bewusstsein von der Dimension des Grauens zu schaffen, das gegen einen erneuten Aufbruch in die Barbarei zu immunisieren vermag.

In absehbarer Zeit wird es keine lebenden Zeugen der Shoah mehr geben. Umso so dringlicher stellt sich die Frage nach der Zukunft der Vergangenheit und wer sie zu bestimmen vermag. Was in Deutschland als »Bewältigung der Vergangenheit« galt und gilt, sagt mehr über das Land der Täter und seine Mentalität als alle Gedenktagsreden zusammengenommen. So unterschiedlich die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung in beiden deutschen Staaten auch waren, so gab es doch augenfällige blinde Flecken.

Postfaschistische Geschichtsteleologie – Erinnerungspolitik in der DDR

In der DDR erklärten die den Staat repräsentierenden kommunistischen Emigranten und ehemaligen KZ-Häftlinge ihr antifaschistisches Selbstverständnis zur Staatsräson. Die Meistererzählung der DDR-Vergangenheitspolitik bestand darin, dass die Deutschen als verführtes Kollektiv erschienen. Die Frage nach der Verantwortung der unversehens auf die Siegerseite der Geschichte geratenen Bevölkerung stellte sich kaum. Sie wurde auf Westdeutschland und die dortigen Kontinuitäten mit dem NS-Staat projiziert. Schon im Exil hatte die Moskauer KPD-Führung um Walter Ulbricht sich gegen die Auffassung einiger KPD-Westemigranten gewandt, die von der Unterstützung des NS-Systems durch die Mehrheit der Deutschen, auch der Arbeiterklasse, ausgingen. Das noch im Exil skizzierte Ansinnen Paul Merkers, jüdische Überlebende des nationalsozialistischen Verfolgung zu entschädigen und ihr arisiertes Eigentum zurückzugeben, bezahlte dieser mit seiner Entmachtung und einem antisemitischen Motiven folgenden Schauprozess.

Heroischer Antifaschismus

Seit Ende der 1940er Jahre schlug die Partei wieder nationale Töne an. In der Kulturpolitik verfolgten die SED-Dogmatiker um Wilhelm Girnus alles, was ihnen »westlich-dekadent«, »kosmopolitisch« und »formalistisch« erschien. Stattdessen gedachte man die deutsche Klassik und Teile der politischen Romantik ideologisch für den Aufbau des Sozialismus in Dienst zu nehmen. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit speiste sich in der DDR ohne Zweifel aus einer grundsätzlichen antifaschistischen Motivation ihrer handelnden Akteure. Doch pragmatisch-politische Erwägungen spielten im Kontext des Kalten Krieges eine erhebliche Rolle. Die Propagandakampagnen des SED-Chefideologen Albert Norden gegen westdeutsche Ex-Nazis in führenden Positionen entsprachen den Fakten, waren jedoch Teil des ideologischen Kampfes und klammerten ehemalige Nazis in der DDR aus. Während hohe NS-Funktionsträger und Kriegsverbrecher verurteilt wurden oder in den Westen gingen, suchte man die Mitläufer in der NDPD zu integrieren.

Zentraler Bezugspunkt der DDR-Gedenkstättenpolitik war und blieb der kommunistische, eingeschränkt auch der sozialdemokratische Widerstand. Im Mittelpunkt antifaschistischer Gesellschaftspolitik stand, von Straßen- und Schulnamen, bis zur wissenschaftlichen Literatur, der aktive Kämpfer gegen den Faschismus. In diesem Konzept eines heroischen Antifaschismus hatten unpolitische Opfer der NS-Diktatur wenig Platz. Der Antisemitismus und die Vernichtung der Juden waren keine zentralen Themen vergangenheitspolitischer Diskurse. Diese Sichtweise wurde erst spät relativiert, als Ende der 1980er Jahre in der DDR Dokumentationen zur Geschichte des Shoah erschienen.

Als zu Beginn der 1980er Jahre in der DDR rechtsextreme Gruppen auftraten, war die Authentizität des Antifaschismus der Gründergeneration aufgebraucht und erstarrt. Die autoritäre Formierung und Militarisierung der DDR-Gesellschaft begünstigte die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen, die sich Ende der 1980er Jahre in damals unveröffentlichten Studien spiegelte. Die Abwesenheit einer unabhängigen, kritischen Öffentlichkeit machte es unmöglich, den Widerspruch zwischen rechtsextremen Tendenzen und der Proklamation, in der DDR sei der »Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet«, zu problematisieren. Wer es, wie einige junge unabhängige Antifaschist/innen dennoch versuchte, machte recht bald Bekanntschaft mit den Sicherheitsorganen des antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaates.

»Vergangenheit die nicht vergeht« – Erinnerungspolitik in der »alten« Bundesrepublik

Im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik spielten die beispiellosen nationalsozialistischen Verbrechen weder im öffentlichen Bewusstsein, noch in der Publizistik oder der Geschichtswissenschaft eine nennenswerte Rolle. Konstatiert wurde ein deutscher Irrweg in die Moderne, der die deutsche Bevölkerung anfällig für die »Dämonie« Hitlers gemacht habe. Diese Sichtweise stützte die in der deutschen Gesellschaft verbreitete Auffassung, die Verbrechen des Nationalsozialismus seien im Wesentlichen das Werk Hitlers und einer kleinen Clique fanatischer Überzeugungstäter gewesen.

Derartige exkulpierende Geschichtsdeutungen fanden ihre Entsprechung auf administrieller und juristischer Ebene in einer »Vergangenheitspolitik«, die darauf zielte, möglichst bald einen Schlussstrich unter die Bewältigung der NS-Zeit ziehen zu können. So kamen die von den alliierten Besatzungsmächten in Angriff genommenen Entnazifizierungsmaßnahmen bereits am Ende der 1940er Jahre praktisch zum Erliegen, nachdem die Verantwortung hierfür weitgehend in deutsche Hände gelangt war. Ähnlich verhielt es sich mit der juristischen Ahndung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Tausende von nationalsozialistischen Funktionsträgern aus den mittleren und gehobenen Verwaltungsebenen gelangten wieder in Beamten- und Angestelltenpositionen des Öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik.

Wesentlich schleppender hingegen verlief die Politik der »Wiedergutmachung« gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Die Prozeduren, denen sich zahlreiche NS-Opfer unterziehen mussten, um ihre Ansprüche tatsächlich geltend machen zu können, wurden von den Betroffenen – zu Recht – als demütigend empfunden. Zudem schloss das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) zahlreiche Opfergruppen, wie etwa ZwangsarbeiterInnen, sogenannte »Asoziale« und Euthanasieopfer von Entschädigungszahlungen über Jahrzehnte hinweg aus. Das Luxemburger Abkommen, das u.a. Israel eine Globalentschädigung von 3 Milliarden DM zusicherte, konnte am 18. März 1953 im Bundestag nur mit den Stimmen der oppositionellen SPD-Fraktion verabschiedet werden.

Im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik dominierte die Erinnerung an die deutschen Opfer des Krieges. Mahnmale wurden errichtet oder Kirchenruinen in Gedenkorte umgewandelt, die bis heute an die deutschen Opfer des Bombenkriegs erinnern. Auch in Familien und Schulen war die-

ses Thema ständig präsent. Mit ähnlich großer Aufmerksamkeit konnten die Vertriebenen und deren Verbände rechnen. Der Formel vom »kommunikativen Beschweigen der Vergangenheit«, das für die 1950er Jahre charakteristisch gewesen sei, ist demnach nur bedingt zu zustimmen. Über den Zweiten Weltkrieg und seine schmerzlichen Folgen für die Deutschen wurde allenthalben gesprochen, das Beschweigen betraf das Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus.

Von der »Rückkehr der NS-Vergangenheit« zur »zweiten Verdrängung«

Angesichts dieser Entwicklungen im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik erscheint es im Rückblick umso erstaunlicher, dass der vielfach herbeigesehnte Schlussstrich unter die NS-Zeit ausblieb. Die 1960er Jahre waren vielmehr von einer »Rückkehr der NS-Vergangenheit« gekennzeichnet. Bereits der »Ulmer Einsatzgruppenprozess« 1957/58, in dem sich ehemalige Angehörige der Einsatzgruppe A für ihre tausendfachen Mordaktionen im Baltikum verantworten mussten, stieß auf ein vergleichsweise großes mediales Interesse. Der Prozess gegen Adolf Eichmann vor dem Jerusalemer Bezirksgericht (1961) sowie der Frankfurter »Auschwitzprozess« (1963-1965), in dem gegen 22 ehemalige Angehörige des Lagerpersonals verhandelt wurde, verdeutlichten den organisatorischen Aufwand und die Präzision, mit der der Massenmord an den europäischen Juden betrieben worden war. Die Metapher »Auschwitz« avancierte zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin.

In diesem Kontext rief die Tatsache Proteste hervor, dass unzählige vormalige NS-Funktionäre in der Politik, in der Verwaltung und in den Medien der Bundesrepublik wieder über einflussreiche Positionen verfügten. Die prominentesten Altnazis auf politischer Ebene waren Hans Globke, Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer, der an der Ausarbeitung der »Nürnberger Rassegesetze« beteiligt gewesen war; Vertriebenenminister Theodor Oberländer und Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU). Neben Intellektuellen wie Karl Jaspers, Hannah Arendt oder Theodor W. Adorno, die schon während der 1950er Jahre eine konsequente Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gefordert hatten, waren es nun vor allem jüngere Journalisten und Schriftsteller, wie etwa Erich Kuby oder Peter Weiss, die »Auschwitz« thematisierten. Darüber hinaus war es nicht zuletzt die seit Mitte der 1960er Jahre entstehende Studentenbewegung, die die personellen Kontinuitäten zwischen »Drittem Reich« und Bundesrepublik skandalisierte.

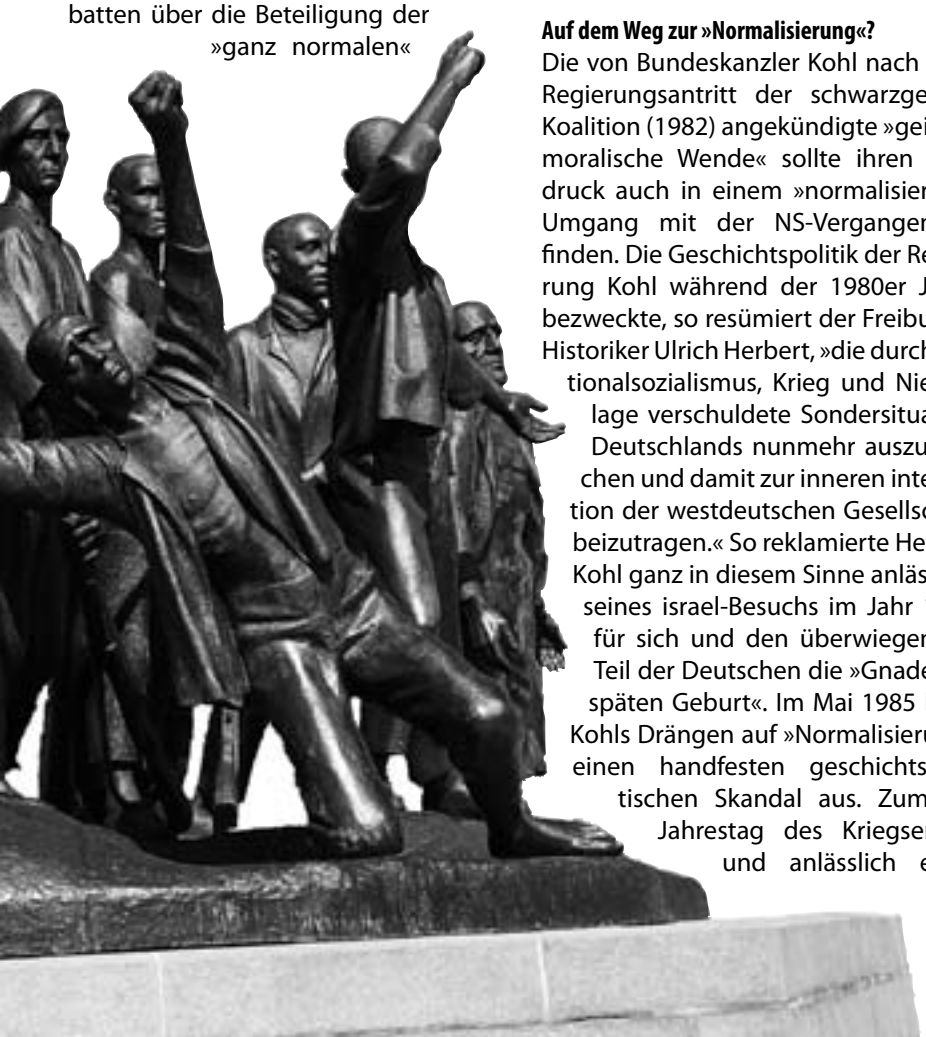
Dennoch erwuchsen aus dieser Kritik an den Formen der Geschichts- und Vergangenheitspolitik in der Folgezeit nur in bedingtem Maße Erinnerungskulturen, die das Erleben und die Erfahrungen der Opfer der Shoah in den Mittelpunkt rückten. Vielmehr lassen sich die 1970er Jahre in mehrfacher Hinsicht als Phase einer »zweiten Verdrängung« der NS-Vergangenheit beschreiben. Zwar setzte besonders in den verschiedenen linken und linksradikalen Strömungen eine intensive Beschäftigung mit Faschismustheorien ein. Kennzeichnend für diese Theorien war jedoch ein ökonomistischer Reduktionismus, der Faschismus lediglich als radikale Ausprägung des Kapitalismus definierte und die Bedeutung des Antisemitismus v.a. für den deutschen Nationalsozialismus fast vollständig ausklammerte.

Zu bemerken war in diesem Zusammenhang eine regelrechte Inflationierung des Faschismusbegriffs, der nun vollkommen unreflektiert in der Analyse aller möglichen Erscheinungen des politischen Zeitgeschehens angewendet wurde und etwa in der beliebten Demoparole »USA - SA - SS« zum Ausdruck kam. Als Hort des Faschismus galt vielen Linken nicht zuletzt Israel, dessen Politik unverhohlen mit der des NS-Regimes gleichgesetzt wurde. Die

Tatsache, dass in Israel zahlreiche Überlebende der Shoah Zuflucht und eine neue Existenz gefunden hatten, interessierte die deutsche Linke kaum.

Bei bürgerlichen Historikern, die sich schwerpunktmäßig mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigten, war eine bemerkenswerte Ignoranz gegenüber den Opfern des Holocaust zu beobachten. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses standen vor allem die organisatorischen Strukturen des Nationalsozialismus. Die konkreten Handlungsweisen der »Täter, Opfer und Zuschauer« (Raul Hilberg) gerieten dabei nicht ins Blickfeld.

Seit dem Ende der 1970er Jahre rückte die Shoah allmählich stärker in das öffentliche Bewusstsein. Einer der Gründe hierfür war die Fernsehserie »Holocaust«, die in vier Folgen das Schicksal der (fiktiven) deutsch-jüdischen Familie Weiss erzählt. Die Serie erzielte im Januar 1979 beachtliche Einschaltquoten und löste knapp 35 Jahre nach dem Zusammenbruch des NS-Staates die bis dahin wohl umfangreichsten Debatten über die Beteiligung der »ganz normalen« Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen aus.



Weitere Impulse, sich der Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, zugleich aber auch mehr über die Handlungsmuster und die Motive der Täter zu erfahren, gingen von den an zahlreichen Orten entstehenden basisorientierten Geschichtswerkstätten aus. Der neue Ansatz der Alltagsgeschichte fragte vor allem nach den Bedingungen für das »Hinnehmen und Mitmachen der Vielen«, das den reibungslosen Vollzug der Shoah erst ermöglicht hatte. Gleichzeitig begannen lokale Initiativen zur Geschichte der vergessenen bzw. verdrängten Opfer und Opfergruppen zu forschen. Die Ausplünderung, Verfolgung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde in den jeweils lokalen Kontexten rekonstruiert. Erstmals fanden die Schicksale der Sinti und Roma, der ZwangsarbeiterInnen, der Deserteure, der »Asozialen« und der Zwangssterilisierten öffentliche Aufmerksamkeit.

Auf dem Weg zur »Normalisierung«?

Die von Bundeskanzler Kohl nach dem Regierungsantritt der schwarzgelben Koalition (1982) angekündigte »geistig-moralische Wende« sollte ihren Ausdruck auch in einem »normalisierten« Umgang mit der NS-Vergangenheit finden. Die Geschichtspolitik der Regierung Kohl während der 1980er Jahre bezweckte, so resümiert der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, »die durch Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage verschuldete Sondersituation Deutschlands nunmehr auszugleichen und damit zur inneren integration der westdeutschen Gesellschaft beizutragen.« So reklamierte Helmut Kohl ganz in diesem Sinne anlässlich seines israel-Besuchs im Jahr 1984 für sich und den überwiegenden Teil der Deutschen die »Gnade der späten Geburt«. Im Mai 1985 löste Kohls Drängen auf »Normalisierung« einen handfesten geschichtspolitischen Skandal aus. Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und anlässlich eines Staatsbesuchs von US-Präsident Ronald Reagan verlangte die Bundesregierung von den USA »über die Gräber hinweg eine Geste für Frieden und Versöhnung zu finden«. Mit einem Besuch auf dem deutsch-amerikanischen Soldatenfriedhof im rheinlandpfälzischen Bitburg sollten Reagan und Kohl einen in die Zukunft weisenden Schulterschluss demonstrieren. Als bekannt wurde, dass auf dem Friedhof auch Angehörige der Waffen-SS begraben seien, wuchs vor allem in den USA der Druck auf Reagan, seine Teilnahme an der Zeremonie abzusagen. Doch Kohl beharrte auf der Veranstaltung und machte gegenüber den US-Medien deutlich, dass eine Absage des Bitburg-Besuchs »die Gefühle unseres Volkes tief verletzen würde«. In den geschichtspolitischen Debatten im Kontext des 8. Mai 1985 im Allgemeinen sowie der Bitburg-Affäre im Besonderen waren geschichtsrevisionistische und tendenziell antisemitische Töne kaum zu überhören. Während Politiker mit Blick auf die in Bitburg begrabenen Soldaten der Waffen-SS forderten, keine »Selektion von Toten« vorzunehmen, schwadronierten auflagenstarke Boulevardmedien, wie etwa die Zeitschrift Quick, über die »sagenhafte jüdische Lobby«, die 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus immer noch »deutsche Wunden« aufreiße.

Die Tendenz, die NS-Vergangenheit zu »entkonkretisieren« (Sabine Moller) und letztendlich zu historisieren, kam auch im »Historikerstreit« 1986/1987 zum Ausdruck. Auslöser der über die Medien ausgetragenen Kontroverse war der Historiker Ernst Nolte, der die (rhetorische) Frage aufwarf, ob nicht »der ‚Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmordes' der Nationalsozialisten« gewesen sei. Nolte bezeichnete die Shoah als »asiatische Tat« und knüpfte daran die (wiederum in eine rhetorische Frage gekleidete) Behauptung, der Archipel Gulag sei »ursprünglicher« als Auschwitz gewesen. Demnach stellte die nationalsozialistische Vernichtungspolitik eine Reaktion auf die Verbrechen des Bolschewismus während der Epoche des »europäischen Bürgerkrieges« dar. Die Thesen Noltes wurden von einer Reihe konservativer Historiker und Pu-

blizisten aufgegriffen, riefen aber auch massiven Widerspruch hervor, so dass sich Nolte mit seinen Auffassungen im öffentlichen Diskurs zunächst nicht durchsetzen konnte.

In der Rückschau erwiesen sich die von unterschiedlichen Akteuren vorangetriebenen Bemühungen, einen »Schlussstrich« unter die NS-Vergangenheit zu ziehen und somit eine »normalisierte« deutsche Identität zu fundieren, als nur bedingt erfolgreich. Die Wiedervereinigung löste eine bis dahin beispiellose nationalistische Welle in Deutschland aus, das allseits herbeigesehnte »Vergehen der Vergangenheit« blieb jedoch aus. Im Gegenteil: Die NS-Vergangenheit schien in den 1990er Jahren präsenter denn je zu sein: So rückte mit dem Abschluss des »Zwei-plus-vier«-Vertrages, der die völkerrechtliche Grundlage der deutschen Wiedervereinigung darstellte, auch die über vier Jahrzehnte ausgeklammerte Frage nach der Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen ins Zentrum geschichts- und außenpolitischer Diskussionen. Die erste »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung löste ebenso wie Daniel Goldhagens Buch »Hitlers willige Vollstrecker« seit Mitte der 1990er Jahre umfangreiche Kontroversen über die Partizipation »ganz normaler Deutscher« an den Massenverbrechen aus.

In der radikalen Linken gewann die Auseinandersetzung mit der Shoah an Bedeutung. Die blinden Flecken der eigenen Geschichte wurden entdeckt und zum Gegenstand innerlinker Kontroversen. Während die traditionellen ökonomistisch geprägten Faschismustheorien zunehmend auf Kritik stießen, wurde der Antisemitismus nun als zentrales Axiom des Nationalsozialismus erkannt. Zudem entbrannten seit dem Beginn der 1990er Jahre in Folge des Golfkrieges (1991) und im Kontext der Goldhagen-Debatte (1996) heftige Diskussionen um die Erscheinungsformen eines linken Antisemitismus.

Erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel – Versuch eines Ausblicks

60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus zeichnet sich, nicht nur in der Bundesrepublik, ein einschneidender »erinnerungspolitischer Gezeitenwechsel« (Norbert Frei) ab. Ganz allgemein sind in diesem Zusammenhang drei Entwicklungslinien festzustellen. Erstens beginnt sich die Erinnerung an die Shoah und die Zeit des Nationalsozialismus von ihren eigentlichen Trägern zu lösen. Mit dem allmählichen Verschwinden der Zeitzeugen vollzieht sich ein Wechsel vom »kommunikativen« zum »kulturellen« Gedächtnis, mit der Konsequenz, dass die »Erinnerung an den Holocaust [...] fortan vermittelt werden« muss und dabei »ausschließlich auf Repräsentation angewiesen« ist.

Zweitens sind seit einigen Jahren Tendenzen zu eine »Europäisierung« der Shoah zu bemerken. Im Zuge des europäischen Einigungsprozesses fungiert die Metapher »Auschwitz« als (negativer) Gründungsmythos eines sich gleichermaßen demokratisch wie wehrhaft begreifenden Europas. In der Abschlusserklärung des »Stockholm International Forum on the Holocaust« im Januar 2000 bezeichneten die Vertreter der teilnehmenden EU-Staaten die Erfahrung der Shoah als eine der zentralen Legitimationsgrundlagen einer gemeinsamen künftigen Interventionspolitik in Krisen- und Konfliktregionen.

Drittens lässt sich nicht nur von einer »Europäisierung«, sondern auch von einer »Globalisierung« der Shoah-Erinnerung sprechen. Vermittelt durch die

grenzüberschreitende Medialisierung der Welt, ist der Begriff »Holocaust« im globalen Rahmen zum Synonym für das Menschheitsverbrechen schlechthin avanciert. Die jüdischen Opfer der Shoah fungieren nunmehr oftmals als Bezugspunkte und Kronzeugen für soziale oder ethnische Gruppen, die sich in der Gegenwart mit Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert sehen.

Die Feststellung, dass die Shoah Eingang in ein entstehendes »globales Gedächtnis« gefunden hat, ist zunächst positiv zu bewerten. Auch gegen eine vor allem von den USA ausgehende Menschenrechtserziehung, die sich die Shoah zum Bezugspunkt ihrer Pädagogik wählt, dürfte wenig einzuwenden sein. Im Hinblick auf die Intentionen rot-grüner Geschichtspolitik sowie die aktuellen erinnerungspolitischen Diskurse in Deutschland, erweisen sich die geschilderten Entwicklungen jedoch als hoch problematisch. Bereits in seiner Regierungserklärung im November 1998 machte Bundeskanzler Schröder deutlich, dass sich mit dem Machtwechsel auch »ein Generationswechsel im Leben unserer Nation vollzogen« habe. Er reklamierte für die Bundesrepublik »das Bewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über- , aber auch niemandem unterlegen fühlen muss, die sich der Geschichte und ihrer Verantwortung stellt, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt.«

Die Ziele rot-grüner Geschichtspolitik unterscheiden sich demnach kaum von der Geschichtspolitik der Kohl-Ära, geht es doch darum, das Projekt einer »demokratisch geläuterten«, aber nach Weltgeltung strebenden Nation historisch zu fundieren und ideologisch zu legitimieren. Auf dem Weg hin zur »Normalisierung« lassen sich jedoch spätestens seit 1998 Paradigmenwechsel feststellen, die tatsächlich aus dem von Schröder konstatierten generationellen Umbruch resultieren. Anders als die von Kohl repräsentierte »Flakhelfergeneration« verstehen sich die Protagonisten rot-grüner Geschichtspolitik als Repräsentanten einer vor allem durch die Chiffre »1968« geprägten Generation, die zum Einen vorbehaltlos die Auseinandersetzung mit der Shoah ins Zentrum ihrer geschichtspolitischen Positionen rückt, zum Anderen jedoch wie selbstverständlich einen »unverkrampften« (Roman Herzog) Umgang mit der Vergangenheit praktiziert. Als ein Beispiel für diese Haltung mag die Kontroverse um die Flick-Collection dienen, deren öffentliche Präsentation in Berlin die Bundesregierung im September 2004 gegen alle Proteste entschieden befürwortete.

Geschichts- und Außenpolitik unter rot-grüner Hegemonie sind eng miteinander verkoppelt. Eine Verbindung, die sich besonders deutlich zeigte, als es im Frühjahr 1999 darum ging den von deutscher Seite maßgeblich forcierten Kosovokrieg der NATO mit dem Hinweis zu legitimieren, im Kosovo drohe ein zweites »Auschwitz«. Die bereits erwähnten Tendenzen zu einer »Europäisierung« der Shoah-Erinnerung kommen dem kühl berechnenden Pragmatismus der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik entgegen. »Auschwitz« ließe sich einfügen in die von deutscher Seite vorangetriebenen Versuche, einen europäischen Machtblock nicht nur diplomatisch, militärisch und ökonomisch, sondern auch erinnerungspolitisch zu fundieren. Die Shoah würde somit eine Facette innerhalb eines negativen europäischen Gründungsmythos darstellen, der die unterschiedlichen Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts bündelt und letztendlich als eine Geschichte kollektiv erfahrenen Leids interpretiert.

Den großen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit wird es auch nach 60 Jahren nicht geben. Wohl aber dürfte das Gedenkjahr 2005 eine Zäsur darstellen. In ihren Bemühungen, den Umgang mit der NS-Vergangenheit zu »normalisieren«, haben sich die geschichts- und erinnerungspolitischen Vorstöße der rot-grünen Regierung schon jetzt als wesentlich erfolgreicher erwiesen als die vergleichsweise plumpen Initiativen der Kohl-Ära.

Allerdings könnte ein Regierungswechsel 2006 auch zu einer Neupositionierung der Geschichtspolitik führen. Die im Namen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag eingebrachten Anträge zur »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland« lassen erkennen, wohin die Entwicklung gehen soll. Künftige Erinnerungskulturen dürften demnach gekennzeichnet sein durch eine »Entdifferenzierung des Gedenkens« unter totalitarismus-theoretischem Vorzeichen. Die Erkenntnisse über die Ursachen, die Kausalitäten, die vollkommen unterschiedlichen Dimensionen der Verbrechen, letztendlich auch über die Präzedenzlosigkeit der Shoah, werden, so steht zu befürchten, im Gerede von der »doppelten Diktatur« verloren gehen.

Dieser »Rhetorik der Plattitüden« (Norbert Frei) entgegenzutreten, sollte eines der zentralen Anliegen einer sich antifaschistisch begreifenden Linken sein. 60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus sind die Tendenzen, die Erinnerung an die Opfer der Shoah für vordergründige machtpolitische Ziele entweder zu vereinnahmen oder zu nivellieren, stärker denn je. Der »abstrakte Radikalismus« (Klaus Theweleit) einer Linken, die zwar vorgibt, das Wissen um die Präzedenzlosigkeit der Shoah zum Grundaxiom ihrer politischen Praxis gemacht zu haben, in Wirklichkeit mit diesem »Wissen« aber lediglich szeneimmanente Identitätspolitik betreibt, wird den geschilderten Entwicklungen kaum Einhalt gebieten können. Angesichts der Tatsache, dass uns die letzten überlebenden Opfer des Nationalsozialismus verlassen, ist es umso dringlicher deren Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen zu bewahren und weiter zu erzählen. Eine Aufgabe, die Empathie und Beharrlichkeit erfordert, die sich verbalradikaler Phrasendrescherei ebenso verschließen muss, wie geschichtsblindem Aktionismus. Diese Aufgabe mag mühselig sein und alles andere als revolutionär. Für eine Linke, die ihren Antifaschismus nicht nur als Attitüde begreift, ist sie jedoch unverzichtbar.

geklaut aus: AIB 67 Spezial

DAS

Auf Hitlers Weisung »Der Soldat kann sterben, der Deserteur muß sterben« wurden über 30 000 Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsdienstverweigerer zum Tode verurteilt. Gegen mehrere 10 000 wurden Zuchthausstrafen verhängt. Über 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt. Überlebt haben das Grauen in den KZs und Strafbataillonen keine 4000 von uns. Heute sind wir vielleicht noch 30.

Nach der Befreiung waren die meisten von uns Überlebenden körperlich und seelisch zerbrochen, und doch hofften wir auf eine bessere Zukunft. Wir wurden aber weiterhin nur als Feiglinge und Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht. Erst Anfang der 80er Jahre bekamen wir in der Friedensbewegung unsere ersten Verbündeten. Der Kampf um unsere öffentliche Anerkennung und Rehabilitierung begann Mitte der 80er Jahre mit dem Aufstellen von Denkmälern für Deserteure, was in vielen Städten heftige Diskussionen hervorriefen. Im Oktober 1990 konnten wir endlich unsere Bundesvereinigung gründen. Wir, das waren 37 alte Menschen, fast alle gebrechlich – kaum einer hatte Anschluß an die Gesellschaft gefunden. Seitdem kämpfen wir für unsere Rehabilitierung, für die Aufhebung unserer Verurteilungen – für unsere späte Würde.

Immer wieder sind wir in den zuständigen Ausschüssen und im Plenum des Bundestages gescheitert, bis das Parlament endlich am 15. Mai 1997 in einem Beschluß zu unserer Rehabilitierung erklärte: »Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.« Das war ein geschichtlicher Durchbruch. Ansonsten war der Beschluß unbefriedigend, denn er erklärte die gegen uns gesprochenen Urteile nur dann für Unrecht, wenn die damaligen Handlungen heute kein Unrecht sind. Desertion wird aber auch heute bestraft. Die am 28. Mai 1998 vom Bundestag beschlossene gesetzliche Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile war für uns Deserteure gleichfalls nicht befriedigend, denn obwohl die meisten aller Todesurteile der gesamten NS-Justiz gegen uns gefällt wurden, sind unsere Verurteilungen – anders als Millionen andere NS-Unrechtsurteile – nicht explizit aufgehoben worden. Nach einem Leben in Demütigung – besonders auch durch bundesdeutsche Gerichte – sollten wir uns nun zur Aufhebung unserer Urteile einer staatsanwaltschaftlichen Einzelfallprüfung unterziehen. Diese Entwürdigung taten wir uns nicht mehr an. Am 20. Oktober 1998 beschloß die neue rotgrüne Bundesregierung in einer Koalitionsvereinbarung, die Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure umgehend gesetzlich aufzuheben. Doch dann führte Deutschland Krieg gegen Jugoslawien – einem Land, in dem die Wehrmacht Völkermord begangen hatte – und unsere Rehabilitierung war kein Thema mehr.

Das merkten wir auch am 20. Juli 2000 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Dort hatte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär nach der offiziellen Gedenkveranstaltung und vor dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr eine Gedenkfeier für die Wehrmachtsdeserteure organisiert. Bei meiner Ansprache im Ehrenhof wurde ich von dem Kommandeur der Feldjäger als Straftäter beschimpft, und unser Kranz wurde über Nacht und unter dem Hausrecht der Bundeswehr gestohlen.

Anfang 2001 brachte die PDS den früheren SPD-Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure wörtlich in den Bundestag ein, was zu einiger Irritation führte. Endlich, am 17. Mai 2002, wurden unsere Urteile gesetzlich aufgehoben. Nicht aufgehoben wurde der Straftatbestand »Kriegsverrat«. Zu meiner Bemerkung, daß doch Millionen KZ-Insassen und Zivilisten nicht mehr hätten zu sterben brauchen, wenn es im deutschen Vernichtungskrieg mehr Kriegsverrat gegeben hätte, sagte mir der zuständige Staatssekretär Hartenbach: »Das haben wir dem Kanzler nicht vermitteln können.«

Besonders bedrückend ist die Politik des Gedenkens für die Opfer der NS-Militärjustiz in Sachsen, wo in Torgau ab 1943 das Reichskriegsgericht wütete. Über 1000 Todesurteile, unzählige Hungertote und viele Folteropfer sind die düstere Bilanz unserer Verfolgung im Torgauer Fort Zinna. Auch nach 1945 war Fort Zinna Haftanstalt, zuerst bis 1950 unter der sowjetischen Militäradministration, dann bis 1989 Strafvollzugsanstalt der DDR und seitdem sächsische Justizvollzugsanstalt. Nach der Wende war der ehemalige sächsische Justizminister Steffen Heitmann – bekannter als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten – für Fort Zinna zuständig. Seiner Äußerung, ihm sei das Gedenken an die nach 1945 Verfolgten wichtiger, ließ er gleich Taten folgen, indem er ihnen 1992 eine Gedenkstätte mit einem drei Meter hohen Kreuz im Anstaltsbereich genehmigte und mitfinanzierte. Wir haben trotz unserer weit schwereren Verfolgung am Fort Zinna nicht einmal einen Platz, wo wir für die

LUDWIG BAUMANN

UNRECHT AN DEN DESERTEUREN

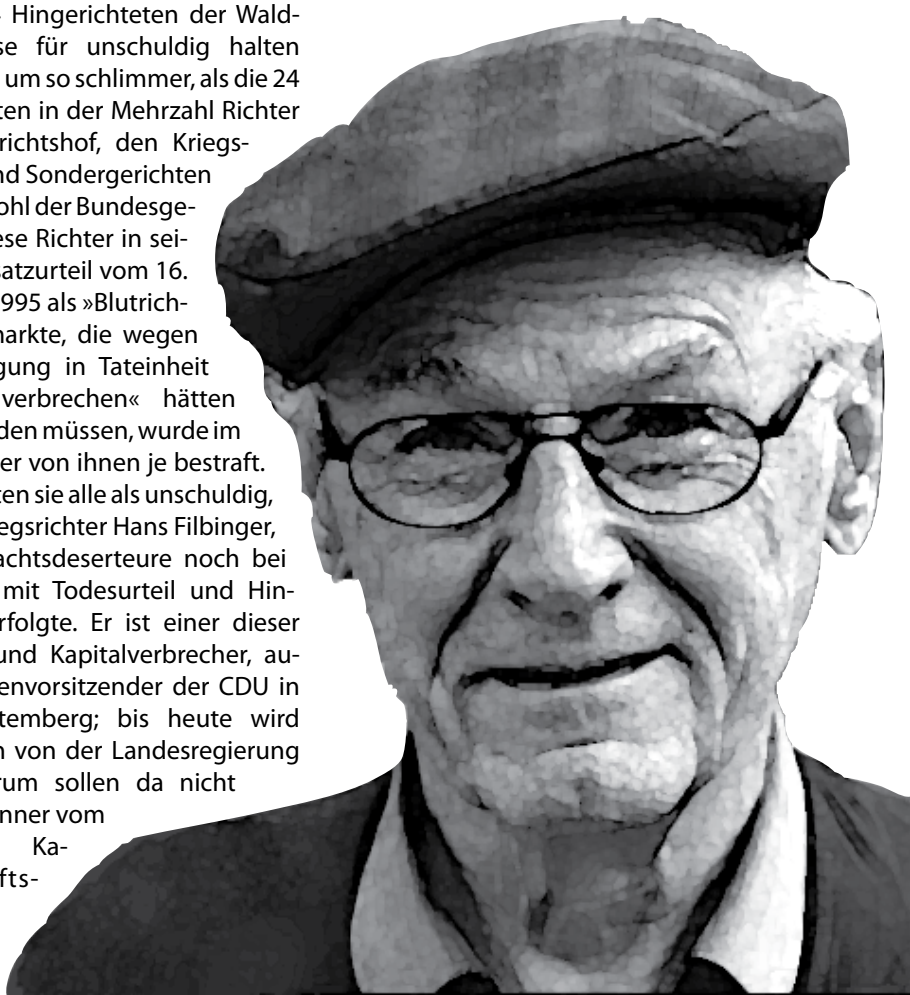
Opfer der NS-Militärjustiz Blumen niederlegen können.

Diese Mißachtung der verfolgten und ermordeten Wehrmachtsdeserteure wurde besonders deutlich, als Sachsen – unterstützt von Bayern – am 19. Dezember 1996 den mit großer Mehrheit verabschiedeten Gesetzentwurf des Bundesrates zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, Kriegsdienstverweigerer und Wehrkraftzersetzer zu unserer Bestürzung ablehnte. Die »Stiftung Sächsische Gedenkstätten«, dominiert von vier Ministern, setzt diese Diskriminierung um. Sie will uns seit Jahren gegen unseren Widerstand eine gemeinsame Gedenkstätte mit den nach 1945 Verfolgten aufzwingen, obwohl damit auch unsere Richter, Henker und Folterer geehrt werden können. Denn allein im Januar 1946 waren im Fort Zinna 498 Schergen der Gestapo und 25 Kriegsrichter inhaftiert. Sie haben uns Opfer in Deutschland und allen besetzten Ländern verurteilt und gefoltert. Mich haben sie bei der Vernehmung und noch in der Todeszelle mehrfach zusammengeschlagen, weil ich meine Freunde aus dem französischen Widerstand nicht verraten wollte und nicht verraten habe.

An anderen sächsischen Orten ist es sogar schon möglich, NS-Täter zu ehren. So haben Männer des Waldheimer Kameradschaftskreises dem »Henker von Torgau«, Friedrich Heinicke, der viele Deserteure mißhandelt und erschlagen hatte und dafür in den Waldheimprozessen der DDR zum Tode verurteilt wurde, an seinem Urnengrab »die Ehre erwiesen« (Leipziger Volkszeitung 21.3.2000). Früher bezeichnete der Militärhistoriker Norbert Haase Heinicke noch als einen »NS-Täter der schlimmsten Kategorie«. Heute – als Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – sieht er in der Ehrung nur noch eine »Deutungsunsicherheit«. Und wenn ihm der Waldheimer Kameradschaftskreis versichert, daß nur »unschuldige Kameraden« geehrt werden, so hat sich damit für ihn der Fall vollends erledigt, obwohl dies den Kern des Problems berührt.

Denn als mit dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz viele DDR-Urteile aufgehoben wurden, verloren die Urteile der Waldheimprozesse – in denen auch Unschuldige verurteilt wurden –pauschal als Unrechtsurteile ihre Rechtskraft, so daß jeder, der das will, auch die 24 Hingerichteten der Waldheimprozesse für unschuldig halten kann. Das ist um so schlimmer, als die 24 Hingerichteten in der Mehrzahl Richter am Volksgerichtshof, den Kriegsgerichten und Sondergerichten waren. Obwohl der Bundesgerichtshof diese Richter in seinem Grundsatzurteil vom 16. November 1995 als »Blutrichter« brandmarkte, die wegen »Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen« hätten belangt werden müssen, wurde im Westen keiner von ihnen je bestraft. Deshalb gelten sie alle als unschuldig, auch der Kriegsrichter Hans Filbinger, der Wehrmachtsdeserteure noch bei Kriegsende mit Todesurteil und Hinrichtung verfolgte. Er ist einer dieser Blutrichter und Kapitalverbrecher, außerdem Ehrenvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg; bis heute wird er dort auch von der Landesregierung geehrt. Warum sollen da nicht auch die Männer vom Waldheimer Kameradschaftskreis diese Mörder von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern ehren?

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat über die sächsische Gedenkstättenpolitik eine Dokumentation herausgegeben, in der es im Vorwort heißt: »Neben diesen notwendigen und wichtigen Neuanfängen (nach dem oft einseitigen DDR-Gedenken) zeigten sich jedoch gleichzeitig in vielen sächsischen Städten und Orten Tendenzen, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus auf neue Art zu vereinseitigen, zu pauschalisieren oder ganz auszulöschen«. So auch geschehen im Zuchthaus Waldheim, der größten Haft-



anstalt Sachsens. Fast die Hälfte der von 1933 bis 1945 hier inhaftierten Frauen und Männer waren wegen »Hochverrats« verurteilt worden, aber auch 800 Euthanasieopfer wurden hier ermordet. Die auf dem Anstaltsfriedhof beigesetzten NS-Opfer wurden nach 1945 mit einer Gedenktafel geehrt. Diese Tafel wurde nach der Wende entfernt und durch eine Tafel mit der Aufschrift »Den unschuldigen Opfern der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft im Zuchthaus Waldheim 1950 – 1954« ersetzt.

Schändungen und Zerstörungen von Grab- und Gedenkstätten für NS-Opfer haben stets auch einen faschistischen Hintergrund und sind strafbar. In Sachsen konnten allerdings in vielen Städten und Orten ganz offiziell Gedenkstätten für NS-Opfer ausgelöscht werden. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten ist nicht bereit, diese Grab- und Gedenkstätten für die NS-Verfolgten wieder herzurichten und zu erhalten. So bleibt das Gedenken an diese NS-Opfer in Sachsen geschändet und ausgelöscht.

Anfang 2004 haben der Zentralrat der Juden in Deutschland und alle NS-Verfolgtenverbände die Stiftung Sächsische Gedenkstätten verlassen, weil sie die inzwischen auch gesetzlich festgeschriebene Gleichsetzung der NS-Verfolgung mit der Verfolgung nach 1945 nicht mehr hinnehmen wollten. Auch die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland und der Gedenkstätten weltweit haben die sächsische Gedenkstättenpolitik explizit verurteilt. Trotz dieser beispiellosen Kritik will die CDU/CSU die sächsische Gedenkstättenpolitik bundesweit verwirklichen. Ihr Antrag dazu stand ursprünglich für den 30. Januar 2004 auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestags. Wohl auch, weil das historische Datum zu viele negative Emotionen weckte, wurde der Termin kurzfristig abgesagt. Am 17. Juni 2004 wurde der CDU/CSU-Antrag im Plenum des Bundestags debattiert und mehrheitlich verworfen.

Am 9. Mai 2004 eröffnete Joachim Gauck gegen unseren entschiedenen Widerstand im Torgauer Schloß eine Dauerausstellung der Stiftung zur Verfolgung in Torgau vor und nach 1945. Zur NS-Verfolgung werden dort 14 Verfolgtenportraits und 18 Thementafeln gezeigt, zur SBZ-Verfolgung 24 Verfolgtenportraits und 31 Thementafeln. Die beiden Ausstellungsteile sind kaum voneinander getrennt – ein Raum geht offen in den anderen über. Die Schergen der Gestapo und des SD, sowedit sie nach 1945 inhaftiert waren, werden pauschal als unschuldige Opfer bezeichnet. So heißt es im Ausstellungstext über die sowjetischen Speziallager, sie sollten »dazu dienen, ›feindliche Elemente in Gewahrsam zu halten‹: Personen, die als Sicherheitsrisiko angesehen wurden, wie etwa NSDAP-Funktionäre, Mitarbeiter von Gestapo und SD sowie generell alle Gegner der sowjetischen Besatzungsmacht. Dabei erfaßten diese Lager aber nicht mutmaßliche ›Nazi- und Kriegsverbrecher‹.«

Die Gestapo und der SD wurden in den Nürnberger Prozessen als verbrecherische Organisationen verurteilt. Ihre »Mitarbeiter« sind der Inbegriff der »Nazi- und Kriegsverbrecher« schlechthin.

Beispielhaft für das Gedenken in Torgau ist die Behandlung der luxemburgischen Zwangsrekrutierten: Am 22. und 23. Dezember 1944 wurden elf von ihnen hingerichtet, weil sie nicht für Hitler-Deutschland in den Krieg ziehen wollten. Sie waren blutjung; die Abschiedsbriefe an ihre Eltern können einem das Herz zerreißen. Kein Verfolgtenportrait von ihnen wird in der Dauerausstellung gezeigt. Es soll ganz offensichtlich nicht mehr daran erinnert werden, was zu der Verfolgung nach 1945 – der Verfolgung der Täter – geführt hat.

Wir fordern in Torgau eine eigene Dauerausstellung, welche die Ausstellungsteile Vernichtungskrieg/Holocaust, Verfolgung durch die NS-Militärjustiz, Verfolgung durch das Reichskriegsgericht und Verfolgung der Kriegsgefangenen und Zwangsrekrutierten umfaßt. Und wir fordern am Fort Zinna eine eigene würdige Gedenkstätte, welche der Schwere unserer Verfolgung gerecht wird.

Ludwig Baumann ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz.

BIOGRAPHIE

Ludwig Baumann – am 13. Dezember 1921 in Hamburg geboren – widersetzte sich dem Drängen weder der Hitlerjugend noch irgendeiner anderen Organisation der NSDAP beizutreten. Als er 19 Jahre als war, wurde er in die Marine eingezogen.

Am 03.06.1942 desertierte er gemeinsam mit seinem Freund Kurt Oldenburg bei Bourdeaux/Frankreich aus Hitlers Armee. Bereits einen Tag später wurden sie von deutschen Grenzposten gestellt. Obwohl Ludwig Baumann und Kurt Oldenburg bewaffnet waren, setzten sie aufgrund ihrer gewaltfreien Einstellung ihre Waffen gegen diese ein. Am 30. Juni 1942 wurde Ludwig Baumann wegen „Fahnenflucht im Felde" zum Tode verurteilt. Davon, dass die Todesstrafe in eine 12jährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, erfuhr er erst nach Monaten, die er in Todesangst verbracht hatte. Er wurde zunächst in das KZ Esterwegen (eines der 15 Emslandlager) und später in das Wehrmachtsgefängnis Torgau inhaftiert. Hier erlebte er, wie Tausende andere Deserteure hingerichtet wurden.

Wie viele andere Deserteure wurde Ludwig Baumann in das sogenannte Bewährungsbataillon 500 an die Ostfront gezwungen. Dennoch überlebte Baumann den Krieg. Nach Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft hatte er es schwer in einer Gesellschaft, in der Deserteure noch immer als „Feiglinge" geächtet wurden.

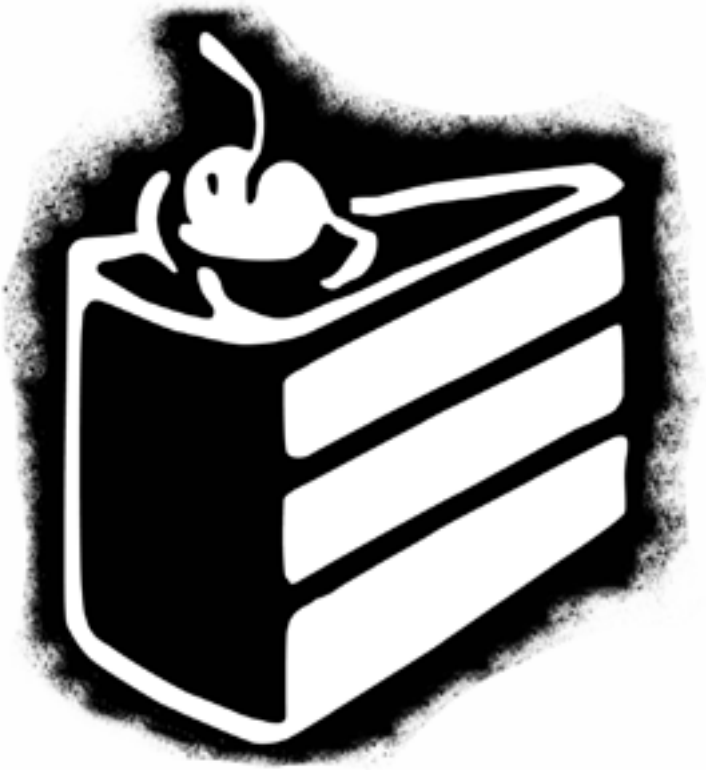
Er wurde später in der Friedens- und „3.Welt"-Bewegung aktiv. 1989 gründete er mit etwa 40 noch lebenden Wehrmachts-Deserteuren die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz", um eine Aufhebung der Unrechtsurteile gegen Deserteure, „Wehrkraftzersetzer und Selbstverstümmeler" durchzusetzen und deren vollständige Rehabilitierung zu erreichen.

KUCHEN ESSEN IST NICHT ALLES

Als weiblich sozialisierte Leserin, die den ganzen Normvorstellungsmist (mit dem Wissen, dass es sich um solchen handelt!) seit Jahren verinnerlicht hat, habe ich mich über den Artikel "Dürfen wir noch Kuchen essen?" sehr gefreut. Gerade der hergestellte Zusammenhang von Normierung und Körper als soziale Visitenkarte mit neoliberal strukturiertem (Alltags-)Leben finde ich für eine gesellschaftliche Einordnung des Schönheitsterrors und seiner Folgen wichtig.

Doch die Forderung, Fettsein aus der Opferrolle zu holen, also mehr Kuchen zu essen;-) geht mir als politische Handlungsweise nicht weit genug. Denn der im Artikel durchweg kritisierte "Fitnesswahn" und die "Ernährungsideologie" können jenseits von Normierung auch einen positiven Kern haben: Mir fehlt im Artikel der Aspekt von gesunder Ernährung und Bewegungs-Angeboten als frei zugängliche Ressourcen. Andernfalls werden die sozialen Ursachen ignoriert mit denen sich dünn=diszipliniert und dick=undiszi pliniert(=erfolglos=arm) reproduziert. Schließlich haben alle Menschen das Recht auf ein Leben in dem Körper den sie wollen. Es geht also um die Erkämpfung der Umsetzung des Prinzips der Barrierefreiheit, das berücksichtigt, dass Menschen sich in allen möglichen Beziehungen unterscheiden und nicht von einer Norm ausgeht. Somit muss es um Barrierefreiheit in Form von Entscheidungsmöglichkeiten (Fritten oder Bio-Rucola; Ruder-Club oder Rumhängen) und um Barrierefreiheit in Form von praktischer Anerkennung der Vielheit von menschlichen Körpern und seinem Aussehen (Gestaltung alltäglicher Umgebung; Repräsentation verschiedenster Körper in der Gesellschaft) gehen.

So entstehen in diesem feministischen Kampf um den eigenen Körper sogar Schnittstellen z.B. zu Kämpfen von rassistisch diskriminierten Menschen und von Menschen mit Behinderung, in denen es auch um die Forderung nach Ressourcenzugänglichkeit und einer praktischen Öffnung der Gesellschaft jenseits von Toleranzbekundungen und Viktimisierung, geht.



DER KRIEG DEN ALLE LIEBEN

Wenn man in diesen Tagen Tagesschau guckt, Zeitungen oder indymedia liest, kann man sich schon wundern. Da fangen einige westliche Staaten an, ein Land an der Grenze Europas zu bombardieren und (fast) alle scheinen es super zu finden. Da übernimmt die NATO den Oberbefehl und das einzige Problem scheint zu sein, dass Deutschland nicht auch noch diesen Krieg führt.

Ein Krieg den alle lieben?

Aufstand, Revolution, Bürgerkrieg, NATO-Krieg?!

Wir wollen hier gar keinen Hehl daraus machen, dass auch wir relativ wenig über die Geschichte und die aktuelle Situation Libyens wissen. Es mussten erst Aufstände und Revolutionen in vielen arabischen Staaten losbrechen, in Libyen ein Bürgerkrieg wüten und eine „Koalition der Willigen" unter Führung der NATO das Land bombardieren damit wir uns mit der Lage in den arabischen Ländern beschäftigen – bzw. vor allem mit der ratlosen Positionierung der radikalen Linken dazu. Es wäre schon schlimm genug, wenn sie nicht in der Lage wäre, Antworten auf drängende Fragen zu geben. Sie stellt aber noch nicht einmal die notwendigen Fragen.

Umso mehr verwundert die Bereitschaft Einiger, die eigene Positionslosigkeit durch ein unkritisches Übernehmen der, von der „Koalition der Willigen" und nahezu allen bürgerlichen Medien betriebenen, Kriegstreiberei zu überdecken. Wir fühlen uns den Aufständischen in den arabischen Ländern verbunden aber auch unserer radikalen Kritik an der, seit dem Kolonialismus anhaltenden und immer schon kriegerisch verteidigten, Dominanz Europas und der USA, verpflichtet. In Libyen stellt sich die Situation anders da als in Tunesien oder Ägypten. Kein geordneter Wandel unter einer dem früheren Herrschaftssystem verbundenen Übergangsregierung oder der Armee. Stattdessen ein Bürgerkrieg, den die Rebellen mit Unterstützung der NATO wohl früher oder später gewinnen werden.

Libyen – Was war eigentlich vor dem 17. Februar 2011?

Bereits 1911 besetzte Italien weite Teile Libyens. Allerdings gab es noch Jahrzehnte lang erbitterten Widerstand gegen die Kolonialisierung. Die Faschisten unter Mussolini erklärten es zu ihrer historischen Aufgabe, die italienische Niederlage gegen die äthiopische Armee von 1896 wieder gutzumachen und (Nord-)Afrika unter italienische, weiße Kontrolle zu bringen. Deshalb wurde Libyen bis zur Niederlage der Italiener im 2. Weltkrieg mit einem blutigen Kolonialkrieg überzogen.

Anschließend stand das Land unter UN-Kontrolle und wurde 1951 offiziell unabhängig. Mit freundlicher Unterstützung der Briten und der US-Amerikaner kam König Idris an die Macht, begann staatliche Strukturen aufzubauen und verkaufte ab 1959 Erdöl. Zehn Jahre später putschte eine Gruppe Generäle, schaffte die Monarchie ab, schmiss die westlichen Armeen und Konzerne aus dem Land, verstaatlichte z.B. das Erdöl und orientierte sich zunächst am arabischen Sozialismus Nassers aus Ägypten.

Diese antikolonialen Bestrebungen, machten den nun herrschenden Gaddafi jahrzehntelang zu einem Feind der westlichen Staaten. Die Unterstützung von – je nach Lesart – nationalen Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Gruppen – oder eben terroristischen Gruppen – steigerte die Feindschaft. Doch selbst die Bombardierung Tripolis durch die USA in den 1980ern konnte Gaddafi nicht stürzen. Erst die jahrelange politische und wirtschaftliche Isolation Libyens führte zu einer Änderung der außenpolitischen Leitlinien des Gaddafi-Clans hin zu einer Verflechtung der Afrikanischen Union (nach europäischem Vorbild) und schließlich zum islamischen Panarabismus.

In den vergangenen 10 Jahren wurde Libyen schließlich von der Liste der sog. Terrorstaaten gestrichen und die wirtschaftlichen Sanktionen wurden aufgehoben. Von nun an galt Gaddafi als geläutert und pflegte enge Freundschaften mit der EU und einzelnen Staatschefs und Politikern (z.B. Berlusconi, Sarkozy!, Haider). Der Diktator hatte, was die EU wollte – nämlich Öl und Gas. Die EU sieht Nordafrika als zukünftig wichtigsten Energielieferanten neben Russland. Außerdem konnte er Flüchtlinge zurückhalten oder Abgeschobene aufnehmen und sie skrupellos der Wüste überlassen. Er wurde zu einem der wichtigsten Verbündeten der EU im Maghreb, lieferte Öl und bewachte die Grenzen. Dafür bekam er Milliarden von Euros, Waffen und Know-How.

Selbstverständlich nutzte er Geld und Waffen vor allem um seine Herrschaft nach Innen polizeistaatlich und militärisch abzusichern. Denn obwohl Libyen formal eine Basisdemokratie und Gaddafi ohne Amt im Staate ist, herrschte er seit langem diktatorisch, ließ Oppositionelle massenhaft töten und einkerkern und sicherte seine Herrschaft vor allem durch eine geschickte Stammespolitik und die Verteilung der Macht an seine Kinder. Die gesellschaftlichen Errungenschaften der ersten Jahre (ein funktionierendes Gesundheitswesen, formale Gleichberechtigung der Frauen, Ausbau des Bildungssystems und relative ökonomische Sicherheit) erstickten unter der selbstverliebten Machtsucht des Herrschers und seines Clans.

Aber Libyen war einer dieser arabischen Staaten und Gaddafi einer dieser zuverlässigen Herrscher. Eine Diktatur ist halt eine Diktatur. Eine Diktatur, die der EU nützt, ist eine nützliche Diktatur – kein Grund zur Aufregung, solange Stabilität garantiert wird. In Deutschland und den anderen EU-Staaten interessierte sich eigentlich niemand, außer den Geopolitiker_innen und Energiekonzernen, für Libyen, wie auch für die restlichen arabischen Diktaturen. Okay der Iran, der war irgendwie schon immer böse, aber schließlich handelt es sich doch wohl um eine vollkommen irre Mullahdiktatur und nicht um eine zivilisierte, prowestliche Diktatur. Auch in der (radikalen) Linken in der BRD wurde die Situation in den arabischen Ländern oder speziell die in Libyen nicht thematisiert. Ausgenommen ein paar Antira-Gruppen in deren Publikationen Libyen erwähnt wurde, aber da ging es dann meist um Verträge mit der EU zur Flüchtlingsrücknahme und Kooperation mit der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Die Situation der libyschen Bevölkerung oder gar die Unterstützung einer möglichen Opposition gegen die Diktatur war in der radikalen Linken nie ein Thema.

Und plötzlich ändern sich die erzeugten Bilder

Es ist aufschlussreich zu beobachten, wie schnell ein und den selben Menschen und ein und der selben Handlung, je nach Kontext und Interessenlage, andere Rollen und Wertungen zugeschrieben werden. Während die Menschen in Ägypten und Tunesien bis

vor kurzem vor allem als gute Gastgeber bzw. Touristenführer wahrgenommen wurden, aber nicht als Opfer jahrzehntelanger diktatorischer Unterdrückung, sie also auch keiner Befreiung bedurften, sind sie nun Akteur_innen einer Demokratiebewegung. Der Sprung gelingt scheinbar ohne Mühe und Irritation. Die Iraker und Afghaninnen brauchten dagegen schon lange dringend die Befreiung durch den Westen. Dass es eventuell politische Positionen geben könnte, die sich weder für die (prowestliche) Diktatur, noch für politischen Islamismus, noch für Demokratie nach westlichem Vorbild aussprechen, können sich Viele anscheinend gar nicht vorstellen. Die westlichen Regierungen wissen jedoch um die politische Heterogenität der nordafrikanischen Staaten und bekommen nun Angst die Kontrolle zu verlieren. Also müssen die diversen politischen, ethnischen und religiösen Strömungen, die in den verschiedenen arabischen Ländern zudem noch sehr unterschiedlich geprägt sind, schnell zu einer Demokratiebewegung umgedeutet werden.

Selbst bürgerliche Medien merken an, dass in Bezug auf die Frage, ob bewaffnete Aufständische als Zivilisten gelten können, von der NATO nur ausweichende Antworten zu bekommen sind. Denn nur zu deren „Schutz" hat die UN das Mandat Nr. 1973 geschaffen. Während Leute, die Polizeiwachen anzünden, Waffenlager plündern, zunächst mit Kalaschnikovs und später auch mit schweren Waffen die staatliche Ordnung und ihre Hüter angreifen, nun also in Libyen zu einer schutzbedürftigen, friedlichen und zivilen Bewegung für Demokratie uminterpretiert werden, sind Leute, die das Selbe in Afghanistan oder dem Irak tun, Terroristen. In demokratischen Staaten würden Proteste übrigens niemals unterdrückt werden. In Deutschland können wir, vollkommen unbehelligt vom Staat, Polizeiwachen anzünden und Bundeswehrdepots plündern. Auch in der Türkei/Kurdistan kämpft eine Bewegung friedlich für Demokratie und niemand würde auf die Idee kommen, sie militärisch zu bekämpfen.

Versteht uns nicht falsch. Es ist zweifellos richtig, die Diktatur Gaddafis zu stürzen. Auch wir sind schockiert von den Bildern und Meldungen über die brutalen Versuche, die Aufstände in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Barhain und vielen anderen Staaten niederzuschlagen. Wir fühlen uns mit den Aufständischen in Libyen verbunden, weil es richtig ist, eine Diktatur zu stürzen und es legitim ist, dazu Waffen in die Hand zu nehmen. Ebenso wäre es z.B. richtig, die grausame Diktatur in Saudi-Arabien zu bekämpfen. Das bliebe aber richtiger Weise Aufgabe emanzipatorischer Bewegungen – die NATO-Staaten haben ohnehin kein Interesse daran. Auch ist es richtig, Widerstand gegen die Besatzung in Afghanistan zu organisieren. Ebenso ist es legitim, dass Somalis, deren Existenzsicherung wesentlich von der EU zerstört wurde, Waffen in die Hand nehmen, um Piraterie zu betreiben. Alleine aus dieser kleinen, noch lange fortzusetzenden Aufzählung wird deutlich, dass existierende (bewaffnete) Kämpfe und Widerstand immer wieder sowohl unsere Solidarität beanspruchen, als auch kritisch hinterfragt werden müssen. Falls es noch klargestellt werden muss: die Frage der Legitimität von (bewaffnetem) Widerstand bemisst sich für uns nicht nach dem Maß der Legalität oder internationaler Kräfteverhältnisse.

Wir warnen davor, auf die Propaganda der/einiger NATO-Staaten hereinzufallen. Ängste vor den Islamisten und politischer und ökonomischer Instabilität, die bezeichnender Weise nur in Bezug auf Ägypten und Tunesien von westlichen Regierungen und den meisten Medien geschürt wurden, teilen wir nicht, denn ihr Vorbringen ist vor allem ein Ausdruck der Verschleierung hegemonialer Bestrebungen. Der Sturz einer Diktatur kann gar nicht schnell genug gehen. Wenn dabei Einfluss von EU- und NATO-Staaten verloren geht, umso besser.

Nachdem in Bezug auf Tunesien und Ägypten die Notwendigkeit eines langsamen und geordneten Wandels beschworen wurde, wird nun also mal wieder die alte Leier der Rettung der Zivilbevölkerung durch westliches Militär bemüht, um den eigenen Einfluss in der Region zu retten und einen neuen Krieg um EU-Sicherheit und Rohstoffe zu legitimieren. Eine Theateraufführung, die uns eigentlich spätestens seit 1999 bekannt sein dürfte.

Umso beschissener, dass auch Teile der Linken nach wie vor in ideologisiertem und bipolarem Denken verfangen sind.

- Wer gegen Gaddafi ist, ist für Demokratie.

- Wer gegen die Intervention der NATO ist, ist für Gaddafi und Massenmord.

- Wer die Interventionen der NATO in einen kolonialen Kontext setzt, ist ein verkürzender Antiimp.

- Wer gegen einen verkürzten Antiimperialismus ist, ist antideutsch.

Genau dieses schwarz-weiß Denken ist kompatibel mit einer militarisierten Weltsicht.

So wird weder ein historischer Kontext einbezogen, noch nach anderen als militärischen Lösungen gesucht. Es wird auch nicht die Frage gestellt, wessen Aufgabe es ist eine Lösung zu finden, wen es konkret zu unterstützen gilt und welcher politischen Strömung unsere Solidarität gilt – und wem wir hier in den Rücken fallen müssen, damit es eine größere Hoffnung auf eine demilitarisierte Befreiung von diktatorischen Regimes geben kann.

Gegen die Kapitulation vor der Komplexität der Dinge

Wir weigern uns, zu Gunsten der Aufständischen eine Intervention der NATO gut zu heißen. Stellungnahmen innerhalb dieser konstruierten, bipolaren Logik sind mit Vorsicht zu genießen, doch selbst die Linkspartei meint: Wenn die EU Gaddafi in den letzten Jahren nicht einen Haufen Waffen und Geld gegeben hätte und jetzt ein Erdölembargo durchsetzen würde, wäre die Intervention gar nicht nötig. Ja nun ist das Kind aber in den Brunnen gefallen. Hat der Diktator doch tatsächlich die ihm gelieferten Waffen benutzt, um Menschen zu töten. Damit hätte nun wirklich niemand rechnen können! Bewaffnete Widerstandskämpfer und Zivilist_innen wurden ermordet, angeblich mit Kampfflugzeugen. Das Selbe tut die NATO zwar seit über zehn Jahren z.B. in Afghanistan und schon jetzt hat es auch

abseits libyscher Propaganda zig tote Zivilisten bei NATO-Bombardements gegeben, doch ist es bestimmt auch für die libysche Zivilbevölkerung total gut, nun von der NATO gerettet zu werden. Diese militaristische Logik ist einfach nur zum Kotzen!

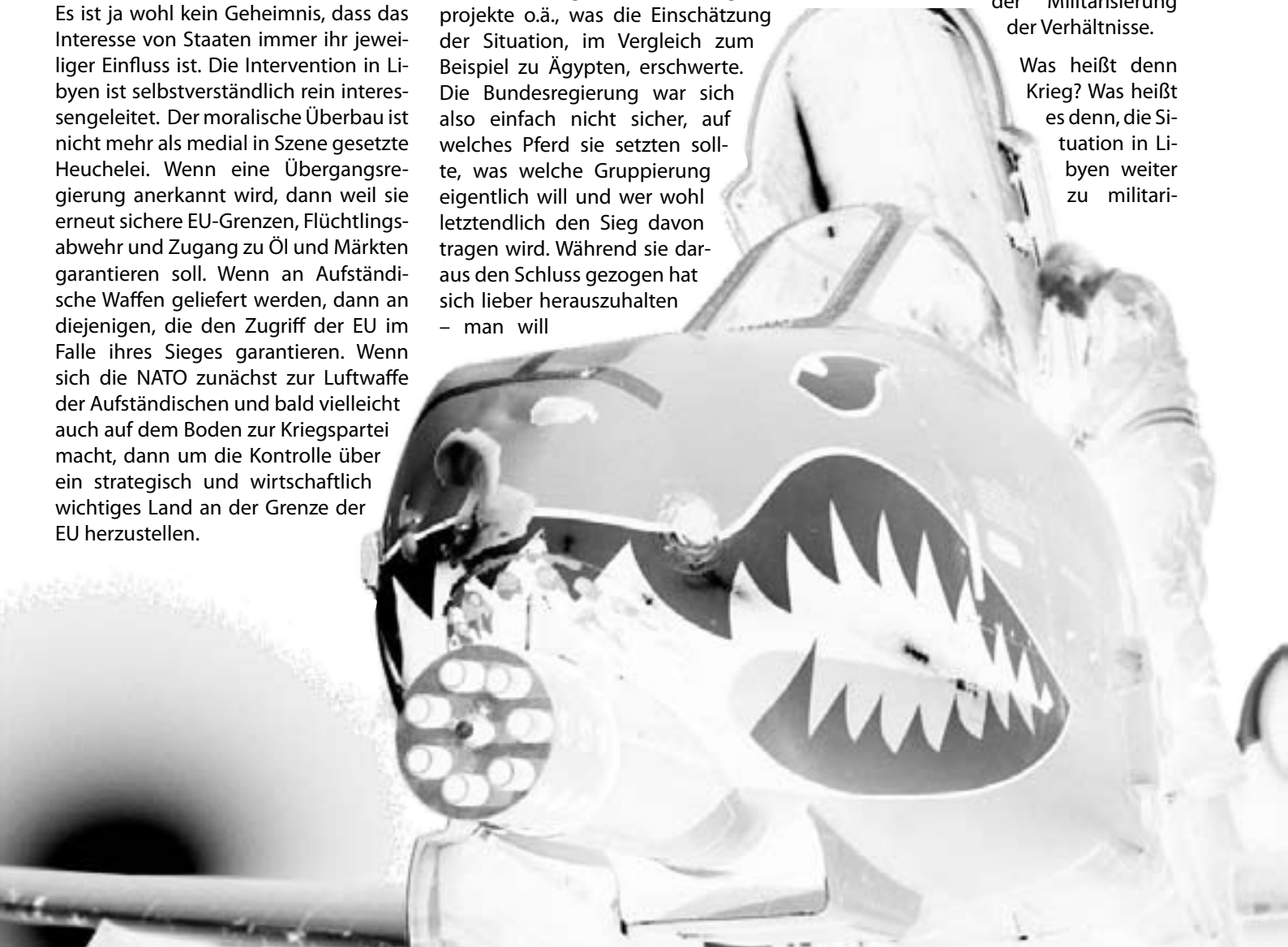
In Syrien hat das Bath-Regime schon weit über hundert Menschen bei Protesten massakriert, in Barhain sind saudische Truppen zur Unterbindung der Proteste einmarschiert, im Sudan droht, nach der, vom Westen geförderten, Teilung des Landes, ein erneuter Bürgerkrieg und in der Elfenbeinküste hat er bereits begonnen und Millionen! sind auf der Flucht. Um nur einige Beispiele von Bürgerkrieg und Massenmord, aus nur einem kleinen Teil der Erde, zu nennen. Meint eigentlich irgendwer ernsthaft, dass irgendein (NATO-) Staat interveniert, um Menschenleben und eine „Demokratiebewegung" zu retten?

Es ist ja wohl kein Geheimnis, dass das Interesse von Staaten immer ihr jeweiliger Einfluss ist. Die Intervention in Libyen ist selbstverständlich rein interessengeleitet. Der moralische Überbau ist nicht mehr als medial in Szene gesetzte Heuchelei. Wenn eine Übergangsregierung anerkannt wird, dann weil sie erneut sichere EU-Grenzen, Flüchtlingsabwehr und Zugang zu Öl und Märkten garantieren soll. Wenn an Aufständische Waffen geliefert werden, dann an diejenigen, die den Zugriff der EU im Falle ihres Sieges garantieren. Wenn sich die NATO zunächst zur Luftwaffe der Aufständischen und bald vielleicht auch auf dem Boden zur Kriegspartei macht, dann um die Kontrolle über ein strategisch und wirtschaftlich wichtiges Land an der Grenze der EU herzustellen.

Die Zurückhaltung der Bundesregierung ist ebenso wie die Kritik aus den eigenen Reihen und der der SPD und Grünen, Ausdruck eines Bestrebens deutsche Interessen durchzusetzen. Nur gibt es eben unterschiedliche Einschätzungen wie diese am besten zur Geltung kommen. Wenn die BRD dem UN-Mandat zugestimmt hätte, wären Forderungen nach militärischer Beteiligung unvermeidlich gewesen. Denn Deutschland ist, außer den USA, der einzige NATO-Staat, der über die militärischen Fähigkeiten verfügt eine Flugverbotszone durchzusetzen – dank AWAKS-Besatzungen und Aufklärungstornados, die in der Lage sind das feindliche Radar umgehend auszuschalten. In Libyen gibt es im Gegensatz zu Ägypten oder Tunesien allerdings gar keine Ansätze von Zivilgesellschaft nach westlichem Muster, mit Parteien, Gewerkschaften usw. Auch gibt es in Libyen keine deutschen Stiftungen, Entwicklungshilfeprojekte o.ä., was die Einschätzung der Situation, im Vergleich zum Beispiel zu Ägypten, erschwerte. Die Bundesregierung war sich also einfach nicht sicher, auf welches Pferd sie setzten sollte, was welche Gruppierung eigentlich will und wer wohl letztendlich den Sieg davon tragen wird. Während sie daraus den Schluss gezogen hat sich lieber herauszuhalten – man will es sich ja mit niemanden verscherzen – sehen z.B. die Grünen und die SPD ihr Projekt des dauerhaften Sitzes im Weltsicherheitsrat gefährdet. In der hohen NATO-Kommandoebene und der „humanitären Hilfe" ist Deutschland trotzdem dabei und eine Beteiligung an einer Seeblockade Libyens wird auch nicht mehr ausgeschlossen.

Doch vor allem Frankreich hat sich mit der frühzeitigen Anerkennung der Rebellenregierung festgelegt. Nun musste die „Koalition der Willigen" auch dafür sorgen, dass der Gaul auf den sie gesetzt hatte, gewinnt. Wie schnell diese Rechnung aufgehen wird, lässt sich zur Zeit nicht sagen. Doch dass die Intervention offensichtlich der Durchsetzung der Interessen westlicher Staaten dient, ist nur der eine Aspekt, weshalb der kriegerischen Intervention aufs schärfste widersprochen werden muss. Der zweite Punkt ist eine grundlegende Kritik an der Militarisierung der Verhältnisse.

Was heißt denn Krieg? Was heißt es denn, die Situation in Libyen weiter zu militari-



sieren? Ein Bombenkrieg aus der Luft bedeutet immer sehr viele zivile Tote. Die hätte es bei der eventuellen Niederschlagung der Revolte durch Gaddafi wahrscheinlich auch gegeben. Doch zunächst eine Diktatur massiv aufzurüsten, um dann den Widerstand gegen dieselbe zu bewaffnen bedeutet die totale Militarisierung der Gesellschaft. Im Kern der Niederschlagung der alten Diktatur wird eine erneute Gewaltherrschaft schon angelegt.

Afghanistan ist nicht Libyen, trotzdem lassen sich grundlegende Strategien vergleichen. Um Einfluss zu gewinnen, sind die EU und auch die NATO darauf angewiesen, sich mit lokalen Herrschaftsstrukturen zu verbünden. Selbst mit hunderttausenden Soldaten und dem modernsten Kriegsgerät ist ein Land sonst nicht zu kontrollieren. Die lokalen Machthaber, mit denen sich Verbündet wird, sind selbstverständlich welche, die als Gegenleistung für die Absicherung ihrer Macht, Einfluss garantieren. In Afghanistan fordert die linke und feministische Opposition, die Strafverfolgung von weiten Teilen der Verbündeten der NATO und der Regierung Karsai. Die Kriegsverbrecher der Nordallianz und einige Warlords, die sich auch mit den Taliban ganz gut arrangiert hatten, sind jedoch die Garanten der relativen Stabilität in Afghanistan und eine Stütze der NATO.

Auch in Libyen werden jetzt diejenigen Herrschaftsstrukturen unterstützt, die sich vom alten Regime losgesagt haben und trotzdem eine Zusammenarbeit mit dem Westen garantieren. Größtenteils wird unter der Fahne der 1969 gestürzten Monarchie gekämpft. Die totale Kontrolle des Regimes wird durch die verschiedener bewaffneter Gruppen und „Stämme" ersetzt. Die Wahrscheinlichkeit, dass emanzipatorische Kräfte eine größere Rolle in dem Konflikt spielen, sinkt, je weiter er militarisiert wird. Während die libysche Revolte am Anfang durchaus spontan war und vielfach von jungen Menschen, die einfach die Schnauze voll hatten, getragen wurde, übernehmen jetzt immer mehr Funktionäre des alten Regimes und übergelaufene Generäle das Sagen. Denn einerseits macht ein Konflikt der zum Krieg wird militärische also antiemanzipatorische Organisationsformen und Befehlsketten notwendig, andererseits können und wollen emanzipatorische Gruppen keine dauerhafte Zusammenarbeit mit EU und NATO garantieren, und bekommen dementsprechend gar keine Unterstützung.

Dem gegenüber steht die Förderung bewaffneter Männerhorden einem emanzipativen Prozess grundlegend entgegen. Gewaltförmig ausgetragene Konflikte verschärfen immer auch patriarchale Zustände. Einerseits wird in Kriegen massiv sexualisierte Gewalt ausgeübt, andererseits wird männliche Gewalt in Form von soldatischen Tugenden verherrlicht. Nicht zufällig fordern feministische afghanische Organisationen als erstes den Abzug der NATO, um eine Entmilitarisierung der Verhältnisse zu ermöglichen.

Für einen radikalen Antimilitarismus

Eine Linke, die den herrschenden Verhältnissen eine radikale Kritik und Praxis entgegenstellen will, muss klar Position gegen jeden Krieg beziehen. Wer dies nicht tut, bleibt in geschichtslosen und paternalistischen Weltbildern verhangen. Wenn von der BRD und EU hofierte Diktaturen erst dann zum Thema werden, wenn es bereits massenhaft Aufstände und in einem Land einen NATO-Krieg gibt, läuft grundsätzlich etwas verkehrt. Wenn große Teile der Linken sich nicht und einige sogar kriegsbefürwortend positionieren, ist dies auch eine Verweigerung, die eigenen Privilegien kritisch zu reflektieren und sich auf die Seite der Habenichtse zu stellen. Die Meisten weißen BRD-Pass-Inhaber_innen profitieren doch von der kolonialen Vergangenheit, der Absicherung des Wohlstands, der Außengrenzen und der Handelswege und den billigen Waren. Es gilt, nicht erst gegen Diktatur zu sein, wenn die NATO dies propagiert. Sowohl die Unterstützung von EU und NATO für die Diktaturen dieser Welt, als auch der nun geführte Krieg gegen eine, sind Ausdruck der Durchsetzung eigener Interessen und einer neokolonialen Politik.

Flüchtlinge abschieben, Diktatoren unterstützen, Grenzen bewachen, Waffen liefern, geheim operieren, verschleppen, foltern, Polizisten ausbilden, Bomben werfen, Drohnen steuern, Piraten jagen, Länder besetzen, Kriege führen. All das ist doch Teil eines globalen Krisenmanagements, das Privilegien, die seit dem Kolonialismus bestehen, verteidigen und Einfluss ausbauen soll.

Dies gilt es anzugreifen – immer. Dabei sind antikoloniale Kämpfe des letzten

Jahrhunderts genau wie auch aktuelle Kämpfe um Befreiung und Teilhabe am Wohlstand, wichtige Bezugspunkte. Wer deutsche Kriegsbeteiligungen befürwortet, stellt darüber hinaus nur einmal mehr die Geschichtslosigkeit der deutschen Linken heraus. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! war einmal die Losung linker und kommunistischer KZ-Überlebender. Wer für eine Kriegsbeteiligung Deutschlands ist, stellt sich auch in eine Linie mit einer deutschen Geschichtsbewältigung, die seit 1999 wegen und nicht trotz Auschwitz Krieg führen will. Die Verbrechen der Deutschen werden verharmlost und die Konsequenzen verdreht.

Die Geschichte antifaschistischer und antikolonialer Kämpfe ist unsere. Um die Wiederaneignung einer solchen Perspektive auf Geschichte muss uns es gehen. Und darum Positionen zu beziehen, die sowohl dieser Geschichte als auch der Komplexität der Verhältnisse gerechter werden. Es sind Positionen zu entwickeln, die Kämpfe zusammen denken und daraus eine Praxis abzuleiten, die den dauerhaften Kriegszustand angreift und sabotiert. Doch das Märchen vom Ende der Geschichte, das Bedürfnis nach Sicherheit und die Individualisierung haben sich anscheinend tief in die Köpfe eingebrannt.

In mitten zahlreicher, dauerhaft, krisenhafter Entwicklungen und einem Auseinanderfliegen vieler alter Vorstellungen, Sicherheiten und Machtverhältnisse, sitzt die radikale Linke und scheint an die Stabilität der Verhältnisse zu glauben. Wenn wir nicht bald anfangen, die Krisentendenzen und die militärische Absicherung der Herrschaft um uns herum ernstzunehmen, werden wir weiteren Zuspitzungen sowohl als Individuen als auch als radikale Linke nichts entgegensetzen können.

Wir wollen die Instabilität, denn sie beinhaltet die Perspektive der Veränderung. Doch damit sie uns nicht zermalmt, müssen wir endlich wieder Fragen stellen anstatt Phrasen zu dreschen. Die Krise ist überall und sie wird es uns nicht mehr ewig gestatten, dass wir uns in unsere Nischen verkriechen und Teilbereichskämpfe führen. Also verabschieden wir uns von der Vorstellung, jemals Rente zu kriegen und positionieren wir uns als aktive Kämpfer_innen in globalen Auseinandersetzungen.

Nachschlag:

1. Wir wissen um das Dilemma, dass objektiv Aufständische in Libyen durch die NATO-Bombardements davor geschützt werden, massakriert zu werden. Wir können drauf nur eine politische und keine praktische Antwort geben. (s.o.) Wenn wir uns trotzdem gegen jede Intervention aussprechen, dann nicht weil wir dies auf die leichte Schulter nehmen, sondern weil wir die Geschichte und die Interessen der westlichen Staaten kennen. Dies gilt es auszuhalten und wenn möglich mit emanzipatorischen Kräften aus der Region zu diskutieren.

2. Der Unterstrich, wie bei Antimilitarist_in, soll deutlich machen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Aus Soldaten, Soldat_innen zu machen würde aber nicht nur die männliche Dominanz sondern vor allem die Notwendigkeit zweigeschlechtlicher und heterosexistischer Konstruktionen für das Militär, verdecken. Es kann keine Soldaten geben, die sich außerhalb dessen verorten. Deshalb verwenden wir an einigen Stellen einen Unterstrich an einigen aber auch nicht – das ist keine optimale Lösung, wenn jemanden eine bessere einfällt her damit.

Einige Autonome – BRD 30. März 2011

derkriegdenallelieben@gmx.de

Legalisierung jetzt!

aus: analyse & kritik nr. 559

SOLIDARITY WITH THE MIGRANT HUNGER-STRIKERS IN CHANIA!

Teilerfolg nach 44 Tagen: 300 Migranten aus Nordafrika haben am 9. März 2011 ihren Hungerstreik beendet, nachdem die Regierung einige ihrer Forderungen erfüllt hat. Darunter ist ein unbefristetes Aufenthaltsrecht. Zudem erhalten sie Reisepapiere, die ihnen den Besuch ihrer Familien sowie die Rückkehr nach Griechenland ermöglichen. Ihre Forderung, weiteren rund 400 000 illegal in Griechenland lebenden MigrantInnen unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu geben, wurde jedoch nicht erfüllt. Allerdings wurde das Gesetz über die Aufenthaltserlaubnis generell geändert. Während bislang 12 Jahre Aufenthalt in Griechenland notwendig waren, um eine ständige Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, sind es ab sofort nur acht Jahre, teilte das Innenministerium mit.

Der Hungerstreik hatte am 25. Januar begonnen. Die meisten der Hungerstreikenden kamen aus dem Maghreb und lebten und arbeiteten schon seit Jahren auf Kreta. 250 von ihnen machten sich auf den Weg nach Athen, wo weitere 50 Migranten hinzustießen. Eine kleine Gruppe von 50 Personen reiste weiter nach Thessaloniki. In einer Erklärung der „Versammlung der hungerstreikenden Migranten" wurden die Motive und die Forderung des Hungerstreiks dargelegt.

„Wir sind MigrantInnen aus ganz Griechenland. Wir kamen hierher wegen Armut, Arbeitslosigkeit, Krieg und Diktatur. Die multinationalen Konzerne und ihre politischen Diener ließen uns keine andere Wahl als unsere Leben zehnmal zu riskieren, um an Europas Tür anklopfen zu können. (...) Wir leben ohne Würde, in der Dunkelheit der Illegalität, so dass Arbeitgeber und der Staat von unserer Ausbeutung profitieren können. Wir leben von unserem Schweiß und mit dem Traum, eines Tages die gleichen Rechte wie unsere griechischen Kolleginnen zu haben. (...) Wir fordern die Legalisierung aller MigrantInnen, wir fordern die gleichen politischen und sozialen Rechte und Pflichten, wie sie auch die griechischen Arbeiterinnen haben."

Der Beginn des Hungerstreiks war begleitet von einer massiven medialen Hetze. Die Diskussion drehte sich nicht um die Forderungen der Streikenden, sondern darum, ob sie ihren Hungerstreik in einem nicht genutzten Gebäude der Jurafakultät der Athener Universität durchführen dürfen. Es kam auch zu Kriminalisierungsversuchen gegen Unterstützerinnen. Die Hetze gipfelte in dem Versuch einer Räumung durch die Polizei. Sie konnte jedoch durch Verhandlungen abgewendet werden. Dennoch mussten die Hungerstreikenden in ein ihnen zur Verfügung gestelltes Haus im Zentrum Athens umziehen, das bei weitem nicht genug Platz bot. Viele Hungerstreikende mussten in Zelten im Hof schlafen.

Am 9. März 2011 um sechs Uhr abends ging der Hungerstreik von 300 MigrantInnen in Griechenland zu Ende. Nach Ansicht der Hungerstreikenden hatte die griechische Regierung ihre Forderungen erfüllt und sie damit den Sieg davon getragen. In Athen und Thessaloniki kam es zu spontanen Feiern. So skandierten dutzende MigrantInnen und Unterstützerinnen „Sieg! Sieg!" vor dem Gebäude in Athen, wo sie seit mehr als sechs Wochen ausgeharrt hatten.

Der Hungerstreik wurde sowohl in Athen als auch in Thessaloniki von einer breiten Bewegung unterstützt. Viele Einzelpersonen, Initiativen, Organisationen,

Gewerkschaften und insbesondere migrantische Gruppen erklärten sich mit dem Hungerstreik solidarisch und unterstützten die Forderungen. Der Hungerstreik war in Griechenland ein breit diskutiertes gesellschaftliches Thema. Weiter kam es zu Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Welt. Im Rahmen einer europäischen Aktionswoche fanden Kundgebungen vor zahlreichen griechischen Konsulaten und Botschaften statt.

Für die griechische Regierung kam der Hungerstreik zu einer ungünstigen Zeit. Seit vielen Jahren gab es aus unterschiedlichen Richtungen Kritik an der griechischen Migrations- und Asylpolitik. Antirassistische Gruppen und Menschenrechtsorganisationen prangerten die Internierungs- und Lebensumstände von Flüchtlingen in Griechenland an, während die europäischen Regierungen den Kollaps des Dublin-II-Regimes fürchteten und Griechenland zu Reformen drängten.

Die sozialdemokratische PASOK-Regierung war im Oktober 2009 mit dem Anspruch angetreten, die Migrations- und Asylpolitik zu liberalisieren und zu modernisieren. Angesichts der sozialen Krise kam diese Politik nicht zustande. Zwar wurde eine grundlegende Reform des Staatsbürgerschaftsrechts umgesetzt, die anvisierte Legalisierung von bis zu 200 000 MigrantInnen fand jedoch nicht statt. Über den Sommer 2010 versuchte sich die Regierung daher an einem weitgehend repressiven Neustart des Migrationsregimes. (vgl. arranca Nr. 43, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 90)

Anfang Januar passierte ein neues Asylgesetz das Parlament, auf dessen Grundlage sich die Regierung versprach, wieder die Oberhand über die Migration zu gewinnen. Mit dem Hungerstreik wurde jedoch ein neuer Kampfzyklus eröffnet. Dabei ging es nicht um das Recht auf Asyl und humanere Internierungsbedingungen, sondern es wurden grundlegende Forderungen nach sozialer und politischer Teilhabe in den Mittelpunkt gestellt.

Das brachte die griechische Regierung erneut in eine Zwickmühle. Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl von 2008 sieht ein explizites Verbot von kollektiven Legalisierungen vor. Wäre die griechische Regierung auf die Forderung der Hungerstreikenden nach einer Legalisierung aller MigrantInnen eingegangen, hätte dies starken Druck der anderen EU-Staaten nach sich gezogen. Ganz abgesehen von dem weiteren Aufbegehren der MigrantInnen in Griechenland, wie es etwa der griechische Justizminister Haris Kastinides befürchtete: „Wenn wir heute nachgeben, könnten morgen 150.000 andere die gleiche Forderung stellen." So hielt die griechische Regierung trotz immensen Drucks lange an einer harten Linie fest.

Doch auch die Hungerstreikenden waren nicht bereit aufzugeben. „Wir wollen die Regierung Papandreou wissen lassen, dass wir keine Worte mehr haben", so einer der Hungerstreikenden. „Wir werden bis zum Ende kämpfen." Am 44. Tag gingen die Hungerstreikenden auf das Angebot der Regierung ein und brachten so ihren Kampf mit einem Teilerfolg zu Ende.

DAS RECHT, NEIN ZU SAGEN

Halil Savda ist ein Pazifist und Kriegsdienstverweigerer. Für den türkischen Staat ist er ein Feind. Nach jahrelangem Kampf um seine Wehrdienstverweigerung wurde er wegen „Entfremdung des Volkes vom Militärdienst" zu einer Haftstrafe verurteilt. Obwohl die Kritik am Militär in der Türkei tabu bleibt, wird die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer immer größer.

„Ich fordere euch nochmals auf: Geht nicht zur Armee! Ohne Wenn und Aber, ohne zwischen gerechten oder ungerechten, schmutzigen oder sauberen Kriegen zu unterscheiden. Ich sage offen und deutlich, dass alle bewaffneten Organisationen und alle Kriege schlimm sind." Mit diesen Worten machte sich Halil Savda im August 2006 strafbar. Auf einer Kundgebung in Istanbul solidarisierte sich damals der bekennende Kriegsdienstverweigerer öffentlich mit den israelischen Soldaten Itzik Shabbat und Amir Pastar, die sich kurz zuvor geweigert hatten, am Krieg gegen den Libanon teilzunehmen. Die Folge war ein Prozess nach Artikel 318 des türkischen Strafgesetzbuches, der für die „Entfremdung des Volkes vom Militärdienst" Haftstrafen bis zu viereinhalb Jahren vorsieht. Es handelt sich um ein Gesetz, das offene Kritik an der Armee unmöglich macht, ähnlich wie der Artikel 301 zur „Verunglimpfung des Türkentums".

Nur wenige lehnen öffentlich den Militärdienst ab, zu dem alle männlichen Staatsbürger der Türkei zunächst ausnahmslos eingezogen werden. Die Zeit bei der Armee gilt für den türkischen Mann als Eintritt in eine Existenz als erwachsener und berufstätiger Staatsbürger, und eben als wesentlicher Bestandteil der männlichen Identität. In dem Land, das sich aufgrund der Situation in den kurdischen Gebieten im permanenten Kriegszustand befindet und in dem das Exerzieren schon in der Grundschule geübt wird, wird der Militärdienst in der Bevölkerung akzeptiert, wenn auch mit gemischten Gefühlen, testosterongeladenem Stolz und dem Gefühl, ein notwendiges Übel hinnehmen zu müssen. Doch viele versuchen, sich zu entziehen. Die Zahl der türkischen Staatsbürger, auf die die Kasernen bisher vergeblich warten, beläuft sich laut einer parlamentarischen Anfrage aus dem Jahr 2008 auf mehrere hunderttausend. Den Ausweg erhoffen sich viele von ihnen durch ein Untauglichkeitsgutachten, die Flucht ins Ausland, ein möglichst langes Studium oder die Desertion. Zu offiziellen Kriegsdienstverweigerer erklärten sich in den vergangenen 20 Jahren gerade einmal 100 junge Männer.

Auch Halil Savda desertierte, weil er es beim Militär „einfach nicht aushielt". Im Jahr 1996 wurde er zum ersten Mal eingezogen, er war damals 22 Jahre alt. Er führt seine Ablehnung des Militärs auf seine Erlebnisse in den kurdischen Gebieten zurück: „Als ich ein Kind war, wohnten wir gegenüber einer Gendarmeriewache. Direkt nach dem Militärputsch von 1980 sah ich, wie alle Männer, die in den umliegenden Dörfern festgenommen worden waren, im Garten der Wache nackt festgehalten wurden." Die täglichen Erfahrungen von Gewalt und Folter, später auch am eigenen Leib, hätten ihn in den neunziger Jahren zu einem Mitglied der militanten kurdischen Opposition gemacht, erzählt Savda. Nach sieben Jahren Haft aufgrund seiner Mitgliedschaft in der PKK verließ er im Jahr 2004 das Gefängnis schließlich als überzeugter Pazifist und erklärte sich offiziell zum Kriegsdienstverweigerer. Da das türkische Recht diesen Begriff jedoch nicht kennt, werden die Verweigerer_innen in den meisten Fällen wegen „Befehlsverweigerung" angeklagt und nach Artikel 318 verurteilt.

Savda wurde nach mehreren Gefängnisaufenthalten und Prozessen im Jahr 2008 schließlich ausgemustert. Aus rechtlicher Sicht bedeutete das für ihn das Ende jenes Zustandes, der in der Türkei als „ziviler Tod" bezeichnet wird und in dem sich jeder wiederfindet, der die Zeit beim Militär nicht absolviert hat. Wer als Deserteur gilt, kann weder eine reguläre Arbeit finden noch heiraten, eine Versicherung abschließen, reisen oder die eigene Stromrechnung bezahlen. Hinzu kommt die soziale Ächtung. Früher mussten viele Verweigerer jahrelange Odysseen in diesem Zustand durchmachen, inzwischen wird in der Regel nach einem Jahr oder zwei Jahren ein Untauglichkeitsgutachten ausgestellt. Savdas Diagnose lautete: „antisoziale Persönlichkeitsstörung".

Das Zusammenwirken von Militarismus, Sexismus und Nationalismus ma-

che Kriege möglich, davon ist Savda überzeugt. Die Zukunft der kurdischen Bevölkerung dürfe nicht auf militärischem Wege entschieden werden. Das ist jedoch nicht die einzige Frage, in der sich die Mitglieder der inzwischen sehr heterogenen Bewegung der Verweigerer, zu der sich anfangs vor allem Anarchisten zählten, uneins sind. Im Jahr 2007 begründete Enver Aydemir seine Verweigerung etwa damit, er wolle nicht der Armee eines säkularen Staates dienen. Mehrere Dutzend Frauen haben ihre Verweigerung erklärt, auch wenn sie nie einen Einziehungsbescheid erhalten werden. Die Liste der „Kurdischen Verweigererbewegung" zählte nach nur wenigen Monaten über 200 Mitglieder – das ist derzeit die Hälfte aller offiziellen Verweigerer, deren Anzahl seit vergangenem Jahr schneller ansteigt.

Doch die Deutlichkeit, mit der die jüngsten Debatten um eine Reform der Wehrpflicht abgebrochen wurden, bestätigt, dass Kritik am Militär in der Türkei tabu bleiben soll. Den Vorschlag der Regierungspartei AKP, Militärflüchtlinge der älteren Generation gegen Zahlung eines umgerechnet vier- bis fünfstelligen Eurobetrages zu begnadigen, lehnte das Militär ab. Die Initiative, die Dienstzeit anzugleichen, die sechs Monate für Universitätsabsolventen und 15 Monate für alle anderen beträgt, wird vermutlich scheitern. Die Entscheidung über den Wehrdienst unterliegt nicht allein dem Konflikt zwischen dem Militär als repressivem Befürworter kemalistischer Staatsmaximen und der konservativ-islamischen Regierungspartei AKP. Zwar ist die AKP dafür bekannt, den politischen Einfluss der Armee zurückdrängen zu wollen. Die umfangreichen Verhaftungswellen im Ergenekon-Prozess machten vor ranghohen Militärs nicht halt. Doch diese Vorgänge, so durchschlagend ihr psychologischer Effekt im Kontext der Republikgeschichte auch war, ändern nichts an der staatstragenden Rolle der Armee, des Krieges im Südosten des Landes und des Wehrdienstes. Die einzige derzeit geplante Reform wird eine Aufrüstung mit sich bringen. Die Regierung kündigte die Schaffung einer Berufstruppe von 50 000 Soldaten für den Einsatz in Konfliktgebieten an.

Dieser scheinbaren Unantastbarkeit zum Trotz erhofft man sich in der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer eine Veränderung. Zwar werden Fälle wie der des Verweigerers Osman Murat Ülke, der beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage wegen Folter einreichte, in der Regel positiv beschieden. Doch der Gerichtshof sieht sich nicht berufen, die als „innere Angelegenheit" verstandene Kriminalisierung der Opposition zum Wehrdienst zu kritisieren. Allein für die als unverhältnismäßig beurteilte Form der Strafe wurde der türkische Staat im Jahr 2006 verurteilt. Halil Savda, der nach Artikel 318 voraussichtlich bald fünf Monate im Gefängnis verbringen wird, spekuliert auf die wachsende Zahl der Verweigerer: „Um die Kriege zu beenden, muss man sich weigern, Kanonenfutter zu sein."

von Erdem Evren und Kathrin Hagemann

Jungle World Nr. 12, 24. März 2011

Gemeinsame Fahrt zur Mahn- und Gedenkveranstaltung in Esterwegen

Am 7. Mai 2011 findet zum 66. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus eine Mahn- und Gedenkveranstaltung statt.

Wir möchten in diesem Jahr wieder mit vielen Leuten zur Gedenkveranstaltung fahren.

Ihr erhaltet die kostenlosen Busfahrkarten für die Fahrt im Infoladen *Roter Strumpf* und montags im Antifa-Café im Alhambra.

Die Abfahrt: - 13:00 Uhr am Alhambra
- 13:30 Uhr an der Uni

Die Rückfahrt: - ca. 17 Uhr

Kontakt:

infoladen-roterstrumpf@riseup.net

www.infozentrum-oldenburg.de

Ab 2. Mai wird darüber hinaus die Ausstellung über die ehemaligen Emslandlager im Foyer der Bibliothek der Carl von Ossietzky Universität gezeigt.

grenzfrei
selbst bestimmt frei bewegt
antirassistisches festival – münster 27.-29.Mai 2011

Wir organisieren ein Festival zu Migration, Flucht, Rassismus. Drei Tage im Mai 2011 (27.-29.), mitten in Münster, draußen, offen, politisch.

Es soll ein Sprachrohr für selten Gehörte, Migrant_innen und Flüchtlinge und eine Plattform zur Vernetzung sein um dauerhafte Strukturen zu schaffen. Zudem soll es informieren, bewusst machen und somit für alle offen sein, die bereit sind, sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Mit Vorträgen, Diskussionen, Workshops, politischen Aktionen, Theater, Musik, Kunst und allem, was uns noch einfällt, wollen wir aufmerksam machen, Fragen aufwerfen, anprangern. Wir wollen Fluchtursachen und Postkolonialismus, repressive Migrationspolitik und alltägliche Rassismen sowie europäische Grenzpolitik, Identität und Nationalität thematisieren und Grenzen im Denken überwinden.

Das Festival soll erlebbar machen, soll nicht nur ausgetretene Wege gehen, sondern in unser Zusammenleben wirken.

Komm vorbei und mach mit!

BANDISTA
TANZMUSIK MIT EINEM BISSEL VODKA

Bandista ist ein 2006 gegründetes Musik-Kollektiv aus Istanbul. Die insgesamt 7-köpfige Band sieht ihre Wurzeln in der kulturellen Vielfalt Anatoliens, betonen aber dennoch ihre internationalistische Haltung. Das läßt sich auch hören: Zum einen in ihren Texten, in denen sie u.a. gegen Nationalismus und für eine gerechtere Welt ansingen und zum anderen an ihrem Sound. Der variiert nämlich von Balkan bis Reggae, über Klezmer bis Ska, Dub und Sirtaki und ist immer wieder unterlegt von traditionellen anatolischen Klängen.

Wären sie aus Barcelona, würde ihre Musik „Mestizo" genannt. Am 1. Mai 2009 erschien ihr Debütalbum „De Te Fabula Narratur" mit insgesamt 9 Tracks, die sich alle auf historische Widerstands- bzw. ArbeiterInnenlieder beziehen. Das Album ist zwar bereits lange ausverkauft, kann aber von ihrer offiziellen Internetseite www.tayfabandista.org kostenlos heruntergeladen werden.

Info-VA zur Clean-Clothes-Kampagne: 28. Juni 2011, 20:30, Alhambra

Konzert: 28. Juni 2011, 22:00, Alhambra

Lesung aus dem Buch Jenseits von Staat, Macht und Gewalt von Abdullah Öcalan

28. Juni 2011, 20:00, Alhambra

Mit Reimar Heider, Übersetzer und Mitarbeiter der Internationalen Initiative – Freiheit für Öcalan

Dieses Buch ist die bisher ausführlichste Darstellung von Philosophie und Politik der PKK und der kurdischen Befreiungsbewegung aus der Feder ihres wichtigsten politischen Repräsentanten. Öcalans Vision einer kommunal organisierten demokratisch-ökologischen Gesellschaft gab der kurdischen Bewegung wichtige Impulse und bietet Anregungen für die globale Debatte um einen neuen Sozialismus. Sein Plädoyer gegen staatliche Gewaltverhältnisse und Krieg und Gewalt zur Durchsetzung von Machtinteressen bildet ihr theoretisches Fundament. Die Prinzipien des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie werden hier erstmals ausformuliert. (Internationale Initiative, www.freedom-for-ocalan.com)

„Zuviel an Not und Tod, an KZ-Qualen, an Verwüstung und Vernichtung, an millionenfachen Mord hat der Faschismus gebracht, sodass es nichts Wichtigeres geben kann, als Aufstehen gegen jede Erscheinung von Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Militarismus.“ Peter Gingold

„Zuviel an Not und Tod, an KZ-Qualen, an Verwüstung und Vernichtung, an millionenfachen Mord hat der Faschismus gebracht, sodass es nichts Wichtigeres geben kann, als Aufstehen gegen jede Erscheinung von Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Militarismus.“ Peter Gingold

Mai 2011

Do.	5.5.	22:00	Crush Hour Concerts: Gum Takes Tooth + Abraxasapparatus
Fr.	6.5.	22:00	Mash up di place: Konzert
Sa.	7.5.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Fr.	13.5.	23:00	Meuterei – Freeform Psychedelic Trance Party
Sa.	14.5.	22:00	Drum`n Bass-Party
Di	17.5.	21:00	Subklub: The Kuchus of Uganda – Film
Fr.	20.5.	22:00	Schwul/lesbisches Kostümfest mit Polka Konzert (Einlass nur mit Verkleidung!)
Sa.	21.5.	22:00	Männerfabrik
Fr.	27.5.	22:00	Soli-Party
Sa.	28.5.	23:00	Rosa Disco

Juni 2011

Mi.	1.6.	21:00	Crush Hour: Konzert
Fr.	3.6.	21:00	Pogo poppt auf: Konzert
Sa.	4.6.	22:00	Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Fr.	10.6.	22:00	Techno: Björn Peng + Inglourious Bassnerds
Sa.	11.6.	21:00	Vokü-Soli-Kneipe
Fr.	17.6.	22:00	Mash up di place – Reggae Dancehall
Sa.	18.6.	22:00	Männerfabrik
Fr.	24.6.	22:00	Dark-Psy: Zombie Attack
Sa.	25.6.	23:00	Rosa Disco
Di.	28.6.	20:30	Info-VA mit Diskussion: Clean-Clothes-Kampagne
		22:00	Sputnikkonzert: Bandista

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTransKneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum
3. Mi.	21:00	Punkkneipe

Infoladen roter strumpf

Mo.	18h - 21h
Di.	16h - 19h
Mi.	16h - 19h
Do.	18h - 21h
Fr.	16h - 19h